

BLZ

Zeitschrift
der Gewerkschaft
**Erziehung und
Wissenschaft**
Bremen
05/06-2015
Mai/Juni

SOZIALE ARBEIT



AN SCHULEN

GEW



■ Bilder von Krieg und Gewalt sowie Feindbildszenarien dominieren derzeit die Berichterstattungen.

Schmerzhaftes Annäherungen

Dabei geht es in Deutschland und Europa zunehmend mehr auch um antisemitische und islamfeindliche Ausgrenzungen und Diskriminierungen. Besonders in den vergangenen Monaten häufen sich die Talkshows und Medienberichterstattungen, die ›den Islam und den Terror‹ in den Fokus nehmen. In Deutschland bildete sich im vergangenen Sommer zudem der Nahost-Konflikt in kontroversen und polarisierenden Kundgebungen und Diskussionen ab. Spätestens seit dem ›Gazakrieg‹ 2014 haben sich auch bei uns die Fronten zwischen den sog. ›Israelfreunden‹ bzw. ›Israelkritikern‹ verhärtet. Wenn bereits der Dialog in unserer Gesellschaft so aufgeladen ist, ist dann ein Dialog zwischen ›den Feinden selbst‹ – also zwischen Israel und Palästina – überhaupt noch möglich? Sind sog. Dialogbegegnungen sinnvoll und realistisch? Jetzt im Mai finden in Deutschland die Feierlichkeiten anlässlich der ›50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel‹ statt. Die über Jahrzehnte dauernde Besatzungspolitik mit all den gewalttätigen Folgen bieten leider wenig Grund zum Feiern. Die Jugendlichen in Israel und Palästina, die sog. ›Generation Oslo‹ kennt bisher keine Friedenszeiten. Oslo war vor ihrer Zeit – die Jugendlichen wachsen seither mit immer wiederkehrenden Kriegen und Gewaltszenarien auf. Mauern und Checkpoints

verhindern reale Begegnungen. Die Bereitschaft zum Dialog ist derzeit auf einem Nullpunkt. Hinzu kommt, dass auf ›legalem Wege‹ vor Ort keine Face to Face Begegnungen mehr stattfinden können bzw. dürfen. Die israelischen Jugendlichen werden bereits im Teenageralter mit dem Armeedienst konfrontiert: bereits im Alter von 15 Jahren wird das sog. ›Profil‹ festgelegt – die Militärlaufbahn ist die Station im Leben einer/s Jugendlichen in Israel. Fast alle Jugendlichen, die an unseren Dialogprogrammen teilgenommen haben, standen kurz vor ihrem Armeedienst. Nur sehr wenige von ihnen hatten zu dem Zeitpunkt eine Möglichkeit der Verweigerung ins Auge gefasst. Neuere Befragungen in israelischen Schulen zeigen auf, dass rassistische Äußerungen über ›die Araber‹ deutlich zugenommen haben: Idan Yaron und Yoram Harpaz haben die Ergebnisse ihrer Interviews in dem aktuellen Buch ›Szenen aus dem Schulleben‹ veröffentlicht. Die geäußerten Ansichten sind erschütternd. Auf palästinensischer Seite sind die Vorurteile meistens nicht weniger: die junge Generation hinter der Mauer erlebt Israelis fast nur noch in Uniform bzw. als Siedler, die ihnen das Land und die Würde nehmen. Viele palästinensische Kinder und Jugendliche machen zudem die Erfahrung mit der sog. ›Administrativhaft‹. Da reicht schon ein Stein! Was viele palästinensische Jugendliche von einer Teilnahme an Dialogbegegnungen abhält, ist der Vorwurf der ›Normalization‹: da gilt die Teilnahme an Dialogprogrammen als Unterstützung der israelischen Vorherrschaft und als Alibishow. Der Anpassungsdruck ist hoch und Jugendliche (und ihre Eltern sowie die NGO's) müssen sich verteidigen, wenn sie an solchen Begegnungen teilnehmen möchten. Viele ehemalige ›Cross border‹ Programme sind zum Erliegen gekommen. Auch wir im LidiceHaus diskutieren jedes Jahr aufs Neue die Sinnhaftigkeit dieser Begegnungen. Jugendliche sollen schließlich gestärkt (›empowert‹) aus den Seminaren herausgehen – und nicht mit zusätzlichen Problemen. Das LidiceHaus hat in den vergangenen fünf Jahren mit Jugendlichen der Oberschule Leibnizplatz zwei Dia-

logprojekte (mit jeweils mehreren Seminaren in Bremen sowie in Israel bzw. Palästina) durchgeführt – gemeinsam mit den Partnerorganisationen in Israel und Palästina. Das erste Projekt fand mit Jugendlichen aus der Westbank statt, im zweiten Projekt haben dann jüdische und palästinensische Jugendliche aus Israel teilgenommen.

Alles was vor den Begegnungen ›Theorie‹ war, geschah ganz hautnah: in einem der Seminare im LidiceHaus rannte z.B. ein israelisches Mädchen weinend aus dem Raum, weil sie nicht hören konnte und wollte, was ein palästinensischer Junge aus der Westbank über die israelischen Soldaten sagte. Und wir mussten den palästinensischen Jugendlichen verständlich machen, dass eine erlebte Kassamrakete (auch wenn sie ›nur‹ ein Haus beschädigt und keine Menschen tötet) genauso traumatisieren kann wie mehrtägige Bombardierungen durch israelisches Militär in Gaza.

Die jungen PalästinenserInnen mit israelischem Pass fühlen sich ›zwischen allen Stühlen‹: sie wissen darum, dass es ihnen einerseits besser geht als den Jugendlichen in der Westbank und fühlen sich gleichwohl diskriminiert und angefeindet. Und unsere Bremer TeilnehmerInnen? Zu Beginn war es wirklich nicht leicht für sie – aber nach und nach wurden sie selbstsicherer und achteten darauf, mit möglichst allen im Kontakt zu bleiben. Meistens werden die deutschen TeilnehmerInnen von ›beiden Seiten‹ gedrängt, Position zu beziehen und aufgefordert, sich doch mehr einzubringen. ›Die Anderen sind ja viel politischer als wir‹: eine Äußerung, die oft kam! Dialogarbeit mit Jugendlichen aus Konfliktregionen kann nicht ohne Konflikte geschehen und ein Dialog muss ergebnisoffen sein. Aber wenn sich Jugendliche über einen längeren Zeitraum kennenlernen können, und dies auch in intensiveren Dimensionen, dann können Wandlungsprozesse möglich gemacht werden. Wichtig und entscheidend ist aber die Frage nach einer Nachhaltigkeit: haben die Jugendlichen UnterstützerInnen in

Fortsetzung auf Seite 26



Anette Klasing
Bremer Frau des
Jahres 2015

Die volle Breitseite

Jens Böhrnsen hat sich aus dem Wahlkampf weitgehend herausgehalten. Bei den Podiumsdiskussionen erschien meist Dieter Reinken als SPD-Vorsitzender, der seine Hauptaufgabe anscheinend darin sah, jede Forderung nach mehr Geld für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben als Illusionsmacherei abzuwehren.

Der Weser-Kurier musste schon tief graben, um bei Jens Böhrnsen einen Angriffspunkt zu finden. Schließlich fand man ihn drei Tage vor der Wahl in einer Umfrage der Kampagnen-Plattform Compact. Dort hatte er zum Thema des Freihandelsabkommens EU/USA geantwortet, »er werde dafür sorgen, dass Bremen einem TIPP-Abkommen nicht zustimmt, wenn dadurch Investorenklagen gegen die Hansestadt vor privaten Schiedsgerichten möglich wären.«

Am nächsten Tag – zwei Tage vor der Wahl – kam dann die inszenierte Antwort: »Böhrnsen fällt Wirtschaft in den Rücken.« – »Bei der Handelskammer ist man über Böhrnsens Position entsetzt.« – »Die einseitige Akzentsetzung des Bürgermeisters offenbart ein erschreckendes Maß an wirtschaftlicher Ignoranz«. Merke: Jeder Bremer Politiker / jede Politikerin, der / die auch nur ein kritisches Wort gegen den neoliberalen Mainstream riskiert, bekommt eine volle Breitseite.

Jens Böhrnsen ist nach der Wahl zurückgetreten. Die offizielle Begründung war das schlechte SPD-Ergebnis. Die Politik ist sehr schnelllebig. Fast schon vergessen: Auch nach der Bürgerschaftswahl vor vier Jahren gab es einen prominenten Rücktritt. Reinhard Loske, bundesweit profilierter Umweltforscher und zeitweilig Bremer Umweltsenator, erklärte damals auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen, dass er nicht wieder antreten werde. Eine der Begründungen: »Ich habe keine Lust mehr, mich jeden Tag vom Weser-Kurier anpinkeln zu lassen.«

Carsten Sieling wird es schwer haben, wenn er seine Positionen als Sprecher des »Magdeburger Forums« der SPD-Linken auch als Bremer Bürgermeister weiter vertreten will. Das kann nur gelingen, wenn er Gewerkschaften, Verbände und Bürgerinitiativen in die Entwicklung der Politik einbezieht. Die »volle Breitseite« sollte ihn nicht davon abhalten. j.b.

In-Team

Schreiben, redigieren, Themen und Autor/innen finden, Fotos auswählen - ein BLZ-Redakteur

hat vielfältig zu tun. Aber in den vergangenen Wochen wurde es noch bunter. Es ging zusätzlich um Hotelrecherche, Organisation eines Kulturprogramms, Reservierungen, Preisverhandlungen. Die kleine BLZ-Redaktion sollte am 15./16. Juni alle GEW-Landeszeitschriften-Redaktionen zu Gast haben. Aber dann die Absage aus der GEW-Zentrale in Frankfurt. Arbeit umsonst? Jein. Unsere Kollegen kommen nun im Herbst nach Bremen. krü

Planung

Heft 07/08-2015: Schulraum-Planung
Redaktionsschluss: 22. Juni 2015

Bildung – Politik – Gesellschaft

- 19 Inklusion – der Stand der Dinge**
*G. Rustrat, J. Boomgarden,
C. Sprenger*

- 22 Personalratswahlen**
M. Buschbaum, C. Krömer

- 23 Offener Brief gegen den Ausschluss von Martin Korol**

- 24 Sarrazin, AfD, Pegida und Co.**
J. Ströh

Soziale Arbeit an Schulen

- 7 Vorwort**
J. Burger

- 8 Keine Leiharbeit durch Schulvereine**

- 8 Stand der juristischen Auseinandersetzung**
G. Rethmeier

- 9 Auslagerung und Leiharbeit**
J. Burger, I. Ostersehlte

- 10 Schulsozialarbeit in Bremen**
T. Sündermann

- 12 Der Studiengang Soziale Arbeit**
H. Kühl

- 14 Was ist Soziale Arbeit?**
F. Bettinger

- 16 Pädagogische Mitarbeit konkret**
U. Schwientek

- 17 Arbeitsbelastung an Ganztagschulen**
GEW Berlin

- 18 Stellenreduzierungen an der ABS**
E. Koch

Rubriken

- 2 Schmerzhaftes Annäherungen**
A. Klasing

- 4 Landesvorstand**

- 27 Gratulationen**

- 28 Buchtipps**

- 30 Frischluft**

- 30 Leserbriefe**

- 31 Hinweise**

- 32 Termine**

Mai/Juni 2015
63. (75.) Jahrgang

Impressum:
BLZ Landesverband
Bremen der GEW
Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Jürgen Burger
Tel.: 0421-7 11 53
burger@gew-hb.de

Ingrid Emmenecker
Tel./Fax: 0421-70 12 66
ingrid_emmenecker@web.de

Karsten Krüger
Tel.: 0421-794 22 25
kruega@aol.com

Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 3984
wilfmey@t-online.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel.: 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel.: 0421-491 90 33
Fax: 0421-494 03 33
Mobil: 01 79-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. MwSt. Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

■ Das Wahlergebnis und die Bildungspolitik

Bremen hat gewählt. Die rot-grüne Koalition hat erhebliche Verluste erlitten. Der Bürgermeister ist zurückgetreten. Die Wahlbeteiligung war extrem niedrig. Dieses Wahlergebnis ist Ausdruck einer tiefen Unzufriedenheit mit der sozialen und politischen Situation im Lande Bremen. Dabei steht die Bildungspolitik mit an erster Stelle. Die in den Wahlprogrammen postulierte oberste Priorität für Bildung steht in krassem Widerspruch zur Realität,

Anforderungen an die nächste Koalitionsvereinbarung

Positionspapier des GEW-Landesvorstandes

die durch Unterfinanzierung und ungesicherte Perspektiven gekennzeichnet ist.

- Die Grundversorgung der Schulen ist mangelhaft. Im Vergleich der Stadtstaaten liegt Bremen weit zurück. An den öffentlichen Schulen gaben 2014 Hamburg und Berlin 7400 Euro pro SchülerIn aus. In Bremen waren es nur 6300 Euro. Um dieses Defizit auszugleichen, sind bei aktuell 81491 SchülerInnen 89,6 Mio. Euro an Mehrausgaben nötig.
- Die 2010 begonnene Inklusion in der Sekundarstufe I ist personell nicht ausreichend ausgestattet. Die frühzeitige Kritik des Landesrechnungshofes wurde ignoriert. Es fehlt an ausgebildeten SonderpädagogInnen. Die Inklusion ist bisher auf die Oberschule reduziert, die Gymnasien sind nicht einbezogen. Die Kollegien der Oberschulen wurden unzureichend vorbereitet und unterstützt. Auch in den Grundschulen, die die Inklusion seit 1999 praktizieren, besteht erheblicher personeller Nachholbedarf.
- Der quantitative Ausbau der Ganz-

tagsschule zeigt dieselben Probleme: Personalknappheit, Überlastung der Beschäftigten und Leiharbeit durch Schulvereine und andere Träger sind an der Tagesordnung.

- Die vor der Wahl begonnene Eltern-Kampagne gegen den Unterrichtsausfall machte öffentlich deutlich, dass die personelle Grundversorgung der Schulen nicht gewährleistet ist. Regelmäßig angeordnete unbezahlte Mehrarbeit der Lehrkräfte soll dies auf Kosten der Beschäftigten verdecken.
- Mit dem Modell "Selbstständige Schule" versucht die Bildungsbehörde, die Verwaltung des Mangels auf die einzelnen Schulen und ihre Schulleitungen abzuschieben. Die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Schulen wurden schon unter der Großen Koalition weitgehend abgeschafft. Hieran hat Rot-Grün nichts geändert.
- Neben der Unterfinanzierung wirken schulpolitische Fehlentscheidungen belastend. In der Stadtgemeinde Bremen hat die Zerschlagung der Oberstufenzentren in Verbindung mit einer stadtweiten Schulkonkurrenz in der Sekundarstufe I zu einer Instabilität geführt, die durch den "Bremer Schulfrieden" nur notdürftig verdeckt wird. Mit der Angliederung von kleinen Oberstufen an einige Oberschulen ist faktisch eine dreigliedrige Schulstruktur entstanden, in der neben den Gymnasien und den Oberschulen mit Oberstufe die Oberschulen ohne eigene Oberstufe ins Abseits geraten. Hiermit wird der sozialen Spaltung Vorschub geleistet.
- Alle Schulen leiden unter einer überbordenden Unkultur von Vergleichstests und verdeckten Rankings, die fundiertes Lernen eher behindern als fördern.
- Bei der in den Wahlprogrammen an vorderster Stelle genannten Berufsvorbereitung gibt es schwere Mängel, die durch die mit vielen Vorschusslorbeeren gegründete Jugendberufsagentur nicht behoben werden. Der Abbau der Arbeitslehre und der Funktionsstellen für Berufsorientierung in der Sekundarstufe I und die an vielen Stellen mangelhafte Ausstat-

tung der beruflichen Schulen werden durch eine neue Beratungsinstitution nicht aufgewogen.

- Aus der Zuwanderung ergeben sich Aufgaben und Anforderungen, denen mit qualifiziertem und fest eingestelltem Personal begegnet werden sollte. Augenblicklich werden hierfür viele prekär Beschäftigte eingesetzt.
 - Auch in den anderen Bildungsbereichen herrscht Mangel vor: In den Kitas fehlt es an ausgebildeten ErzieherInnen, die Eingruppierung ist zu niedrig und die qualifizierte Doppelbesetzung der Gruppen ist nicht gewährleistet.
 - Die Grundfinanzierung der Hochschulen ist nicht ausreichend, um Forschung und Lehre im bisherigen Ausmaß weiter zu führen.
- Um die finanziellen und konzeptionellen Probleme des Bremer Bildungswesens zu lösen, bedarf es einer anderen, einer mutigeren und glaubwürdigeren Politik.

Lösungswege

Die von der Bundeskanzlerin im Wahlkampf erhobene Behauptung, die sozialen und finanziellen Probleme Bremens seien ein Ergebnis der Politik des rot-grünen Senats, ist der demagogische Versuch, von der politischen Verantwortung des Bundes für die finanzielle Not vieler Städte und Gemeinden abzulenken. Die Umverteilungspolitik zu Gunsten der Vermögenden und die Bankenrettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen haben vielen Gemeinden und Ländern die finanzielle Handlungsfähigkeit und damit die Chance auf eine soziale Gestaltung des Gemeinwesens genommen. Dem rot-grünen Senat ist vorzuwerfen, dass er die Umsetzung dieser Politik im Lande Bremen für alternativlos und machbar erklärt hat, statt sich öffentlich dagegen zur Wehr zu setzen.

Der erste Schritt zu einer besseren Politik besteht darin, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen: Nur durch öffentlichen Druck und ein breites Bündnis über Ländergrenzen hinweg sind Änderungen der Verteilungspolitik zu erwarten. Bremen muss als »Stadtstaat ohne Umland«, der von der Konzentration sozialer Probleme in den Großstädten besonders betroffen ist, offensiv eine

Finanzausstattung einklagen, die die vom Grundgesetz vorgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährleistet. Priorität haben die Grundbedürfnisse der Bevölkerung, und zu ihrer Befriedigung ist ein Konflikt mit den Sanierungsaufgaben des Bundes unvermeidbar.

Für den Bildungsbereich bedeutet dies, dass eine ausreichende Grundfinanzierung mit Verweis auf die Ausstattung der anderen Stadtstaaten im Landeshaushalt vorgesehen werden muss. Der Bildungshaushalt muss um ca. 160 Mio. Euro, von derzeit ca.

940 Mio. Euro auf ca. 1,1 Mrd. Euro erhöht werden, um Anschluss an die bundesweiten Standards zu halten. Für den Schulbereich sind dabei – wie oben gezeigt – ca. 89 Mio. Euro notwendig. Hiervon müssen nach Berechnung des Landesrechnungshofes derzeit 20 Mio. und ab 2016 31 Mio. Euro jährlich in die Absicherung der Inklusion und der Oberschulentwicklung fließen... *(Hier folgen in erweiterter Form die auf dem letzten Gewerkschaftstag verabschiedeten Forderungen zur Bürgerchaftswahl, s. BLZ 11/12-2014)*

Die GEW wird jeden Schritt, der zu einer Verbesserung der Grundausstattung, zu einer Entlastung der Beschäftigten, zu mehr demokratischer Beteiligung und mehr Chancengleichheit im Bildungswesen führt, nach Kräften unterstützen. Sie wird gegen eine Politik entschieden Widerstand leisten, die perspektivlos die Bremer Bildungseinrichtungen dem Kürzungszwang ausliefert und sie in die unproduktive Konkurrenz um zu geringe Mittel treibt.

Verabschiedet am 21.05.2015

Tarifrock around the clock...

Christian Gloede
Landesvorstandssprecher

■ 2,1% zum 1.3.15 und 2,3% (mindestens 75 Euro) zum 1.3.2016 – dies die nackten Zahlen der Gehaltssteigerungen für Tarifbeschäftigte im Länderbereich. Und, das kann hier als Wahlversprechen erwähnt werden, das Ergebnis soll in Bremen für die Beamten jeweils zum 1.7. übernommen werden.

Viel spannender in der Umsetzung des Tarifabschlusses dürfte sich aber das gestalten, was mal eine Herzensangelegenheit der GEW war (sorry, für viele noch ist): L-EGO, die Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte. Die gibt es nun, aber abgeschlossen vom dbb, dem Beamtenbund, der alles das, wofür wir viele (zu viele?) Jahre gewirkt, verhandelt, gestritten und gestreikt haben, in die Tonne trat und für lächerliche 30€ Euro monatlich ab dem 1. August 2016 (!) etwas tarifierte, was kaum Verbesserungen darstellt (Richtlinien sind nun »Tarifvertrag«) aber den dbb bis 2018 in die Friedenspflicht zwingt. Uns aber nicht! Und jetzt haben plötzlich die Arbeitgeber ein Problem: Sollen sie diesen Tarifvertrag allen aufzwingen oder sollen sie sich von denen, die ihn haben wollen,

die dbb-Mitgliedschaft nachweisen lassen? Wahrscheinlich scheint, er gilt für alle mit einem individuellen Widerspruchsrecht, wobei klar ist, dass die Streikfähigkeit der GEW auch erhalten bleibt, wenn dieser TV angewandt wird.

Die GEW berät nun, ob es ein »Weiter« geben soll, dies ein gemeinsames bleibt oder ein landesbezogenes werden soll. Die Bremer GEW hat sich in ihren Beratungen für letzteres entschieden – die Möglichkeit, in Bremen als GEW mehr zu erreichen als der dbb in Potsdam wurde selbstbewusst mit »Ja« beantwortet! Am 9.6. berät die Bundestarifkommission mit dem KoVo, Ende Juni soll der Hauptvorstand die weitere Strategie beschließen.

Die Kreativität der kommenden Auseinandersetzung schimmerte in den Bremer Beratungen bereits durch: Bunter und vielfältiger als (bisherige) Finanzpolitik würde diese Auseinandersetzung werden. Solidarität dazu ist vorhanden!

Leere Kitas rocken die Rathäuser

Diese Solidarität ist auch kennzeichnendes Merkmal der aktuellen Auseinandersetzung im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE): Unser gemeinsam mit verdi geführter Kampf um eine den heutigen Anforderungen entsprechende Eingruppierung für die 240.000 unmittelbar (kommunal) und insgesamt knapp 800.000 Beschäftigten (incl. unterschiedlichster Träger) in diesen Bereichen befindet sich bei

Drucklegung dieser blz noch im Zustand des unbefristeten Streiks (seit dem 8. Mai!). Täglich sind mehrere Hundert ErzieherInnen und KollegInnen anderer Berufsgruppen im Streik! In Bremerhaven auch die kommunal beschäftigten pädagogischen MitarbeiterInnen an Schulen. Das bemerkenswerte an dieser Tarifaufeinandersetzung ist, dass es nur vermittelt um mehr Geld geht. Die aktuelle Eingruppierung spiegelt die veränderten Aufgaben, die gestiegene Verantwortung und das Professionsverständnis im Zusammenhang frühkindlicher Bildung sowie insgesamt im Bereich der Jugendhilfe und Sozialarbeit nur noch völlig unzureichend bis gar nicht mehr wider! Viele tariflich beschriebenen Höhergruppierungsmerkmale sind mittlerweile Regeltätigkeit (Inklusion, Sprachförderung, Individualisierung, Lerndokumentation,...); dies muss sich in einer neuen Entgeltordnung niederschlagen. Dass sich ErzieherInnen (und andere) dieser Bedeutung und damit ihres Wertes bewusst und auch bereit sind, bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen, stellt eine neue, wenn auch längst überfällige Qualität eines professionellen Selbstbewusstseins dar. Aber: Solidarität ist bei dieser wochenlangen Auseinandersetzung nötig, wenn sie erfolgreich enden soll.



Nachruf auf Rolf Berger

»Leiten heißt
gestalten«

Rolf Berger ist tot. Er war ein leidenschaftlicher Pädagoge, ein aufrechter Demokrat und ein streitbarer Bildungsexperte – so die Meinung seiner ehemaligen Weggefährten und Freunde.

Er war 44 Jahre lang Lehrer, davon 32 Jahre Schulleiter an der Hermannsburg. In seiner Arbeit, in der GEW, der er seit 1969 angehörte, in seiner Partei SPD und im Gesamtschulverband, in dem er ebenfalls lange Jahre Mitglied war, kannte er nur ein Ziel: Eine integrierte Schule, in der alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet werden. Das wurde Realität nach zehn Jahren hartnäckiger Anstrengung: Die »Integrierte Stadteilschule Hermannsburg« wurde

1989 gegründet. »Eine Schule für alle« mit integrativer Konzeption und Öffnung zum Stadtteil.

Er war einer der Schulleiter, von denen es heute nicht mehr allzu viele gibt. Er hat als Leiter sechzehn bis achtzehn Stunden in der Woche unterrichtet, um den engen Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern zu halten und zu sehen, ob die pädagogischen Ideen auch in der Praxis sinnvoll sind. Er hat für seine Ideen gegen Widerstände auf verschiedensten Ebenen gekämpft. Er hat sich erfolgreich bemüht, zahlreiche Schüler- und Lehrer-Projekte zu initiieren. Er hat Kontakte zu Institutionen, zu Wirtschaftsunternehmen und zu anderen Ländern für Austausch und Modellversuche geknüpft. Er ist bereit gewesen seine Freizeit zu opfern, um das neue Schulmodell in und außerhalb Bremens vorzustellen. Dies alles konnte nur zusammen mit seinem Kollegium gelingen. Den Kolleginnen und Kollegen war er stets ein zuverlässiger, sicher einschätzbarer Vorgesetzter und gleichzeitig Freund. Seine Tür stand immer offen für jedermann. Seine lebensfrohe, lebhaft und willensstarke Art war beeindruckend.

Er verachtete Gängelungen und Unaufrichtigkeit. Alle sollten sich in der Hermannsburg wohlfühlen und entfalten können. Den Lehrerinnen und Lehrern gestand er eine eigenverantwortliche Arbeit an einem überwiegend gemeinsam bestimmten Ziel zu. Er kehrte nie den Schulleiter heraus, sondern vertrat jederzeit demokratische Prinzipien. Leiten hieß für ihn gestalten. So herrschte dadurch immer eine angenehme Atmosphäre. Für die Schüler und Eltern war er ein aufmerksamer, zugewandter und anregender Gesprächspartner. Dem Stadtteil war die Schule durch Ausstellungen im Roland Center, Mitwirkung beim Sodenmattfest, Singen und Theaterstücke in den Seniorenresidenzen, stadtteiloffener Mittagstisch, ökologische Projekte und vieles andere mehr verbunden. Als Lehrer engagierte er sich vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich. Unzählige Jugendforscht- und INSTI-Erfinderclub-Arbeiten hat er betreut. Er hatte immer Lust an seinem Beruf und an sinnvollen Neuerungen. Für die Bildungslandschaft, für die GEW und die Bundesfachgruppe Gesamtschulen ist sein Tod ein herber Verlust. Wolfgang Frauenkron

Die Dynamik des Alltags

Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

■ Auf der 31. Pädagogischen Woche in Bremerhaven plädiert Wolf-Dieter Bukow in seinem Eröffnungsreferat für »Leben und Leben lassen« als einem entscheidenden Element urbaner Alltagslogik. Dabei unterliege die moderne Stadtgesellschaft einer schrittweisen Aktualisierung. »Das, was fremd war, wird schrittweise einbezogen«.

Auf gerade diese Stadtgesellschaft setzt Bukow. In seinen Überlegungen steht dieses »Gesellschaftsmodell« dem der Nationalstaaten als Entwicklungsperspektive gegenüber. Für ihn beruht Entwicklungsfähigkeit auf einem pragmatischen Blick auf den globalen Wandel und der Emanzipation von nationalstaatlicher Bevormundung. Vor diesem Hintergrund plädiert er für eine offensive Nutzung der mit Mobilität und Vielfalt als den

»Kernbausteinen des urbanen Zusammenlebens« verbundenen Effekten. Gemischte Stadtgesellschaften verankern Vielfalt und Toleranz in der Erfahrung der Menschen und bilden die Basis einer »inklusive Stadt«. Diese Aussagen treffen in der Veranstaltung auf Sympathie, fordern aber auch Widerspruch heraus. Zunächst stützen sie Überzeugungen, die wir vertreten: Sie kennzeichnen »Inklusion« als eine gesellschaftspolitische, nicht nur bildungspolitische Herausforderung und unterstreichen, dass eine inklusive Gesellschaft eine inklusive Schule bedingt, nicht als Auswahlmöglichkeit, sondern als notwendige Konsequenz gesellschaftlicher Entwicklung. Ebenfalls zeigen die Gedanken auf, dass »funktional entmischte Zonen« zur Segregation führen, im Umkehrschluss die Schule des (gemischten) Stadtteils das Zukunftsmodell darstellt.

Die Workshops der folgenden Tage zeichnen eher ein Bild gesellschaftli-

cher Widersprüche, gerade in Bremerhaven, z.B. zwischen Armut und Reichtum, traditionellen und entwickelten Geschlechterrollen, Toleranz für und Verachtung von gesellschaftlichen Gruppen.

Zudem liegt diese Pädagogische Woche in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Kommunal- und Bürgerchaftswahl. Im Wahlkampf spielt die Debatte über Geschwindigkeit und Umfang der Inklusion in den Schulen durchaus eine Rolle. Wenige Tage später steht als Ergebnis der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung fest, dass die Parteien mit einem rigiden Gesellschaftsmodell eher zugelegt haben.

Die »Dynamik des Alltags«, da hat Bukow recht, aktualisiert die Stadtgesellschaft. Entscheidend bleibt aber, welche Richtung dabei eingeschlagen wird. Immerhin haben mehr als 250 TeilnehmerInnen an den 4 Veranstaltungstagen gezeigt, dass sie mitwirken wollen.

Soziale Arbeit an Schulen

■ Soziale Arbeit als eigenständige Profession ist in den letzten Jahren zum festen Bestandteil der Schulen geworden. Die Anfänge reichen in Bremen bis in die Bildungsreformen der 70er Jahre zurück, als an den ersten Gesamtschulen SozialarbeiterInnen und an den Grundschul-Vorklassen SozialpädagogInnen eingestellt wurden. Danach tat sich lange Zeit nichts.

Erst seit der Ausdehnung des Schultages, zunächst 1999 mit der "Verlässlichen Grundschule", danach mit den Ganztagschulen, stieg das Inte-

resse der Bildungspolitiker an zusätzlichen Arbeitskräften – mit der damals offen geäußerten Kalkulation, dass Lehrkräfte für diese Arbeit zu teuer seien. Es wurden "Betreuungskräfte" in großer Anzahl eingestellt, häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen und ohne ausreichende Qualifikation. Nur durch die hartnäckige Interessenvertretung der GEW und des Personalrats Schulen konnten für diese KollegInnen eine ErzieherInnen-Weiterbildung und eine Dienstvereinbarung über die Beschäftigungsbedingungen durchgesetzt werden.

Mit dem "Bildungs- und Teilhabe-Programm" der Bundesregierung kamen in den letzten Jahren mehr SozialarbeiterInnen mit Fachhochschul-Abschluss in die Schulen. Auch deren (überwiegende) Weiterbildung nach dem Auslaufen des Bundesprogramms war ein harter Kampf.

Schon seit den 90er Jahren werden SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen ("Soziale Arbeit" ist der Sammelbegriff) in Leiharbeit beschäftigt. Das ist ein Skandal, an den wir uns schon gewöhnt haben, aber nicht gewöhnen sollten. Als fester Bestandteil der Kollegien haben sie einen Anspruch auf ein Übernahmeangebot durch den Öffentlichen Dienst. Zurzeit geht es dabei in erster Linie um die Schulvereine als besonders ungeeignete Beschäftigungsträger. Hiermit beginnt unser Themenschwerpunkt. Danach stellen wir die Profession der Sozialen Arbeit aus Sicht der Landesarbeitsgemeinschaft und die Ausbildung an der Hochschule vor und berichten schließlich aus einzelnen Schulen. Jürgen Burger

■ Am 30. April wurden der Bildungssenatorin Eva Quante-Brandt ca. 2000 Unterschriften mit der Forderung nach Übernahme aller bei Schulvereinen Beschäftigten zur Senatorin für Bildung überreicht. In einem ersten Meinungsaustausch über die Forderung, zu der die GEW einen Vereinbarungsentwurf vorgelegt hatte, konnten die Beweggründe dieser Forderung auch von Betroffenen erläutert werden. Eine Vereinba-



rung wurde zwar nicht unterzeichnet, ein Fahrplan zur Verbesserung der Situation wurde aber verabredet. In der Frage der Lösung dieses Problems gab es allerdings noch keine Einigung, hier wollte die Senatorin zunächst weitere Gespräche führen und Möglichkeiten prüfen. Hierzu gehört auch die Klärung über die Anzahl und Tätigkeitsbereiche der Betroffenen. Es wurde verabredet, nach den Wahlen und der Klärung entsprechender Ressortzuständigkeiten, erneut zusammenzukommen und sinnvolle Alternativen zu entwi-

ckeln. Die GEW erwartet, dass diese Thematik in die bevorstehenden Koalitionsgespräche mit aufgenommen wird. Spätestens zu den kommenden Haushaltsberatungen im Herbst muss die Frage geklärt sein. Der Vereinbarungsentwurf der GEW sieht vor, dass es ab sofort keine Einstellungen bei Schulvereinen mehr gibt und die Rahmenbedingungen zur Überleitung der Arbeitsverhältnisse von Schulvereinen zur Senatorin für Bildung zeitnah verhandelt werden.

Keine Leiharbeit durch Schulvereine!

Aktion zur Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse sozialpädagogischer Fach- und Betreuungskräfte

■ Seitdem in Bremen Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte im wesentlichen über Schulvereine und die Stadtteilschule im bremischen Schuldienst beschäftigt sind, wird

Zum Stand der juristischen Auseinandersetzung

Gerd Rethmeier

diese Form der behördlich organisierten Leiharbeit nicht nur politisch sondern von Beginn an auch mit rechtlichen Mitteln bekämpft.

Auf Basis einer seinerzeit noch anderen Rechtslage haben wir die erste Runde dieser juristischen Auseinandersetzung 2010 abschließend vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) verloren. Ende 2011 wurde aber das hier einschlägige Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) insoweit geändert, dass die »Gewerbsmäßigkeit« der Stadtteilschule als Voraussetzung der Erlaubnispflicht nach § 1 AÜG entfiel. Dieses Kriterium wurde vom BAG damals so eng aus-

gelegt, dass Gewerbsmäßigkeit immer auch die Absicht der Gewinnerzielung enthalten müsse, weshalb gemeinnützige Vereine den Regelungen des AÜG per se nicht unterfielen. Damit gab es für die damaligen Klägerinnen keine Anspruchsgrundlage mehr durch gerichtliches Urteil ein von Anfang an bestehendes Arbeitsverhältnis mit der Stadtgemeinde Bremen zu fingieren.

Die neue Rechtslage gab nun allen Anlass einen erneuten Versuch vor den Arbeitsgerichten mit dem Ziel der Übernahme der LeiharbeiterInnen in den stadtbremischen Schuldienst zu starten. In Bremerhaven ist ein solches Vorgehen nicht nötig, da den dortigen Beschäftigten ein Übernahmeangebot des Magistrats vorgelegt wurde.

Vor etwa einem Jahr wurden ein gutes Dutzend Klagen vor dem bremischen Arbeitsgericht anhängig gemacht. Dabei sind wir nach wie vor in der ersten Instanz, eine gerichtliche Entscheidung liegt noch nicht vor. Die ersten erstinstanzlichen Urteile erwarten wir für Juni diesen Jahres. Wie diese ausgehen werden, ist derzeit nicht zu prognostizieren. Das Arbeitsgericht muss dabei entscheiden, ob aufgrund bestimmter europarechtlicher Vor-

gaben die in Bremen praktizierte Form der Überlassung überhaupt in den Anwendungsbereich des AÜG fällt und ob es sich hierbei nicht um ein reines Dienstvertragsverhältnis handelt, so dass die Bestimmungen des AÜG aus diesem Grunde keine Anwendung finden.

Dass die Bundes-SPD das Unterlaufen der Bestimmungen des AÜG durch konstruierte Werk- und Dienstvertragsverhältnisse angeprangert, während sich das SPD geführte Bildungsressort genau hierauf beruft ist unter politischen Aspekten sicher bezeichnend. Ob wir in dieser Runde mit unseren juristischen Argumenten durchdringen werden, werden wir sehen. Wie auch immer die ersten Urteile ausgehen werden, werden wir doch am Ende wieder vor dem BAG landen. Dies wird noch Jahre dauern. Den Betroffenen, die in personeller, organisatorischer und finanzieller Hinsicht schlechter gestellt sind als die stadtbremisch Beschäftigten wäre daher zu wünschen, dass diese Form der Leiharbeit aufgrund politischen Drucks verschwindet. Obsiegende Urteile in der ersten oder zweiten Instanz können dabei nur helfen.

Auslagerung und Leiharbeit an Bremer Schulen

Eine Übersicht

Jürgen Burger/Ilmgard Ostersehle

■ Seit 20 Jahren, seit der Regierung der großen Koalition von SPD und CDU, wird immer mehr Personal an den Bremer Schulen nicht von der Bildungsbehörde, sondern von sog. freien Trägern eingestellt, meist zu schlechteren Arbeitsbedingungen als im Öffentlichen Dienst.

Es begann unter Bildungssenator Willi Lemke mit dem Programm »Geld statt Stellen«. Die Schulen erhielten keine reguläre Vertretungsreserve mehr, arbeitslose LehrerInnen wurden von der »Stadtteil-Schule« als Vertretungskräfte ausgeliehen. Dieser Verein, ursprünglich gegründet von arbeitslosen GEW-Mitgliedern, war zunächst nur außerschulisch tätig gewesen. Er wandelte sich nun zunehmend vom Selbsthilfeforum zur Leiharbeitsagentur.

Der zweite Schritt war die Abschaffung der »Vollen Halbtagschule« und ihre Ersetzung durch die »Verlässliche Grundschule«. Während vorher staatliche Lehrkräfte den Unterricht von 8-13 Uhr garantiert hatten, wurden jetzt »Betreuungskräfte« eingesetzt, die zum Teil von großen Trägern wie dem ASB, der AWO und der Hans-Wendt-Stiftung »gestellt« wurden (so der juristische Begriff). Erst nach hartnäckiger Interessenvertretung durch GEW und PR Schulen erhielten diese »Betreuungskräfte« die Möglichkeit, eine Weiterbildung zur ErzieherIn zu absolvieren, und damit den Anspruch auf angemessene Eingruppierung.

Eine weitere erhebliche Ausdehnung der Leiharbeit fand dann mit dem Aufbau von Ganztagschulen statt.

Neben den großen Trägern kamen nun zunehmend Schulvereine als Arbeitgeber zum Einsatz. 2013 gab es 65 freie Träger und Schulvereine, über die die Bildungsbehörde die Leiharbeit an den Schulen organisiert. Die hierfür aufgewendeten Finanzmittel werden jährlich im »Zuwendungsbericht« der Deputation mitgeteilt. Diesem letzten vorgelegten Bericht ist auch die folgende Aufstellung entnommen:

Träger der Kinder- und Jugendhilfe

ASB, AWO, Hans-Wendt-Stiftung, Lebenshilfe e.V., St. Petri Kinder- und Jugendhilfe, Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, Rotes Kreuz, SOS Kinderdorf e.V., Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e.V.

Andere Träger

Stadtteilschule, Stadtteilschule Bremen-Nord, Allgemeiner Sport Club Bremen, Allgemeiner Turn- und Sportverein Bremen von 1860, BUND Landesverband Bremen e.V., Waldorfschulverein Bremen zur Förderung der Pädagogik Rudolf Steiner e.V., Sportverein Gramke-Oslebshausen e.V., Schulstiftung der Diözese Osnabrück.

Schulen mit Schulvereinen als Kooperationspartner im Bereich Verlässliche Grundschule, offene und gebundene Ganztagschule und Betreuungsschule

Grundschulen:

Carl-Schurz-Straße
Kirchhuchting
Borgfeld
Bürgermeister-Smidt-Schule
Kinderschule
Landskronastraße

Tami-Oelfken-Schule
Alter Postweg
Horner Heerstraße
Mahndorf
Osterhop e.V.
Rablinghausen
St.Magnus
Bunnsackerweg
Halmer Weg
Freiligrathstraße
Karl-Lerbs-Straße
In der Vahr
An der Gete
Parsevalstraße
Stader Straße
Lüssum
Am Weidedamm
Fischerhuder Straße
Fährer Flur
Rechtenflether Straße
Grambke

Oberschulen:

Wilhelm-Focke-Oberschule
Neuen Oberschule Gröpelingen
Helgolander Straße
Carl- Goerdeler-Str.
Ronzenstrasse
Gerhard-Rohlf's-Oberschule
Leibnizplatz
Findorff
Wilhelm-Kaisen-Schule
Wilhelm-Olbers-Schule
Sandwehen
Albert-Einstein-Schule
Koblenzer Str.
Lehmhorster Straße
Oberschule Roter Sand
Roland zu Bremen Oberschule
Hermannsburg
Julius-Brecht-Allee
Sebaldsbrück
Helsinkistraße

Gymnasien:

Altes Gymnasium
Obervieland

Forderungen der Personalversammlung für Pädagogische MitarbeiterInnen am 26.02.2015

■ Die Personalversammlung der Pädagogischen MitarbeiterInnen fordert die Senatorin für Bildung auf, die verabschiedeten Forderungen in ihrer Behörde zeitnah umzusetzen.

- **Gleiche Rechte und gleiche Bedingungen für alle Beschäftigten an Schulen!**
- **Keine Schulvereine als Arbeitgeber! Übernahme aller bei Schulvereinen Beschäftigten zur Senatorin für Bildung!**



Der Vorstand (v.r.): ■ **Tanja Sündermann,** **Patrick Heldt,** **Susanne Halle** ■ **Zurzeit arbeiten weit über 100 »SchulsozialpädagogInnen« in Bremen, überwiegend aus der Ganztagsförderung finanziert und meist bei**

Schulsozialarbeit in Bremen

Die aktuelle Situation

Tanja Sündermann



Schul- und Fördervereinen angestellt. Anfang 2012 wurden über eine Finanzierung aus Bundesmitteln weitere 50 »SchulsozialarbeiterInnen«-Stellen bei diversen freien Trägern der Jugendhilfe geschaffen. Diese Stellen wurden ab 01.08.2014 entfristet, auf 55 aufgestockt und durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft eingestellt. Diese »SchulsozialarbeiterInnen« sind zusätzlich mit einem Koordinator ausgestattet, der mit einer halben Stelle ebenfalls bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft beschäftigt ist. Laut Arbeitsplatzbeschreibung sind die Schwerpunkte der SchulsozialarbeiterInnen die Zusammenarbeit mit dem ZuP (Zentrum für unterstützende Pädagogik), Systemberatung, Gemeinwesenarbeit sowie die Mitarbeit an der Schulentwicklung. Zu den Aufgaben gehören Einzelfallhilfe, Elternarbeit sowie die Begleitung des Übergangs Schule-Beruf. Kooperation mit anderen Trägern sowie die Entwicklung und Umsetzung von Projekten sind weitere Teile des Stellenprofils.

Für die SchulsozialpädagogInnen, die zum Teil seit fast 20 Jahren an Bremer Schulen beschäftigt sind, gibt es kein äquivalentes Stellenprofil.

Jede Schule hat für sich ein eigenes Konzept der Schulsozialpädagogik entwickelt.

Die LAG Schulsozialarbeit

Im Januar 2013 hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit Bremen (LAG) als fachliche Interessenvertretung der Sozialen Arbeit an Bremer Schulen gegründet. Dabei wurde der Begriff »Schulsozialarbeit« als gleichbedeutend mit dem Begriff der »Sozialen Arbeit an Schulen« gewählt, wobei immer die klassischen Bereiche der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik als konstituierende Elemente der Sozialen Arbeit gedacht werden. Die LAG hat aus der inhaltlichen, politischen und strukturellen Diskussion um die Soziale Arbeit an Schulen zusammen mit den Organisatoren des 4. Bremer Fachtages im Mai 2014 Thesenentwürfe formuliert, aus denen im Zusammenschluss mit verschiedenen Gremien die 13 Bremer Thesen zur Sozialen Arbeit an Schulen entwickelt wurden.

Zentrale Grundlage ist die Erkenntnis, dass Soziale Arbeit an Bremer Schulen sich nur erfolgreich entwickeln kann, wenn Gemeinsamkeiten über Unterschiedliches gestellt werden. Unabhängig von den konkreten Arbeitsweisen innerhalb der Sozialen Arbeit, aber auch unabhängig von den formalen Anstellungsmodalitäten oder den jeweiligen Finanzierungshintergründen, ist für uns alle Arbeit, die SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen oder KollegInnen anderer Berufsgruppen innerhalb der Schulen professionell leisten, Schulsozialarbeit. Dabei kooperiert Schulsozialarbeit mit den KollegInnen aus der Sozialen Arbeit in Sozialzentren, Freizeitheimen, Beratungsstellen, ReBUZ und vielen anderen Unterstützungsinstitutionen.

Die 13 Bremer Thesen beschreiben, wie wir uns Schulsozialarbeit in Bremen in der Zukunft vorstellen und haben damit einen klaren Forderungscharakter. Diese Thesen sind zugleich ein Angebot zum Dialog mit allen an Schule Beteiligten, auch mit den KollegInnen der anderen in Schule tätigen Berufsgruppen.

Dreizehn Bremer Thesen zur Sozialen Arbeit an Schulen These 1

Schulsozialarbeit an jeder Schule!

- Unabhängig von Sozialindex und Schulart braucht jede Schule Schulsozialarbeit. Die vielfältigen Aufgaben und Arbeitsfelder der Schulsozialarbeit sind an allen Schulen relevant.
- Erhöhte Bedarfe erfordern einen höheren Personaleinsatz.
- Schulsozialarbeit arbeitet als Team.
- An allen Schulen sind sowohl weibliche wie männliche KollegInnen zu beschäftigen.
- Wie die GEW betrachten wir mindestens eine volle Stelle Schulsozialarbeit für 150 SchülerInnen als notwendig. Der zusätzliche Bedarf orientiert sich an dem Schulkonzept, der Konzeption der Schulsozialarbeit und den sozialen Rahmenbedingungen der jeweiligen Schule.

These 2

Grundsätzlich: Kein Einsatz von SchulsozialarbeiterInnen an mehreren Schulen!

- Beziehungsarbeit in der Schule und effektive Netzwerkarbeit erfordern eine klare Schullorientierung.
- Ein Einsatz an zwei Schulen bedarf immer der besonderen Begründung im Ausnahmefall, ein Einsatz an mehr als zwei Schulen ist ausgeschlossen.

These 3

Schulsozialarbeit hat einen eigenen Bildungsauftrag, der an der informellen Struktur von Lebenswelt ansetzt. Schulsozialarbeit fördert Kompetenzen und soziales Miteinander!

- Schule hat neben dem lehrplanorientierten Unterrichtsinhalten bis in den Klassenraum hinein informelle Aspekte und Strukturen, die Gegenstand Sozialer Arbeit sein können. In diesem Sinne wird Schulsozialarbeit auch im Klassenverband zu Unterrichtszeiten ihre Aufgaben haben, auch zum Zwecke der fachlichen Kooperation. Die Durchführung und Absicherung des curricularen Unterrichtsangebotes ist jedoch nicht Aufgabe der Schulsozialarbeit, insbesondere nicht die Unterrichtsvertretung.

- Schulsozialarbeit sieht die Schule als Ganzes, nicht nur die unterrichtsbezogene Struktur von Regeln und Organisation im Detail.

These 4

Der ARBEITSPLATZ von SchulsozialarbeiterInnen ist an der Schule. Das TÄTIGKEITSFELD ist die Lebenswelt und der Sozialraum der Kinder und Jugendlichen.

- Arbeitsplatz Schule ist die Anbindung, von da aus ist Schulsozialarbeit auch außerhalb der Schule unterwegs, bei Eltern, im Stadtteil, bei Kooperationspartnern und -projekten.
- Zum Tätigkeitsfeld gehören auch die Lehrkräfte und alle anderen an der Schule Beschäftigten sowie Eltern und Stadtteil.

These 5

Kinder und Jugendliche sind nicht nur SchülerInnen an einer Schule, sondern füllen viele unterschiedliche Rollen aus. Schulsozialarbeit erkennt die Kinder und Jugendlichen in ihrer Ganzheit an.

- Förderung der Partizipation der SchülerInnen ist fachlicher Auftrag der Schulsozialarbeit.
- Schulsozialarbeit sieht auch außerschulische Lernorte als Gelegenheiten informeller Bildung.

These 6

Die Entwicklung von Standards für Soziale Arbeit an Schulen dient der Qualitätssicherung, der Festlegung von konzeptionellen Zielen und Arbeitsfeldern sowie der Sicherung von Rahmenbedingungen.

- Standards schaffen Transparenz und Handlungsmöglichkeiten, sie dienen nicht der Eingrenzung und Beengung der Arbeit.

Thesen 7

Ein allgemeines Rahmenkonzept für Soziale Arbeit an Schulen schafft Klarheit, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit! Ein (zusätzlicher) individueller Leitfadens für jede Schule sorgt für eine bedarfsgerechte Arbeit und bietet den Handelnden die notwendigen Gestaltungsspielräume!

- Ein Rahmenkonzept berücksichtigt die Gesamtheit des Feldes der Schulsozialarbeit, insbesondere auch die sozialpädagogischen

Anteile wie auch die Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe.

These 8

Eine Rahmenarbeitsplatzbeschreibung für Schulsozialarbeit an Bremer Schulen sorgt für Transparenz und die wichtige Unterscheidung bzw. Abgrenzung gegenüber anderen Berufsgruppen!

- Besondere Anforderungen vor Ort können als besondere Schwerpunkte ergänzt werden.
- Die Rahmenarbeitsplatzbeschreibung wird zusammen mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen erstellt und weiterentwickelt.

These 9

Fachlichkeit braucht abgesicherte Fort- und Weiterbildung, Supervision und kollegiale Beratung!

- Unabhängig von Ferienregelungen sind fachliche Kompetenzsicherung und professionelle Reflektion selbstverständlicher Bestandteil von Arbeitszeit.

These 10

Es gibt eine klare eigene Fachstruktur der Schulsozialarbeit für Koordination, Professionalität und Qualifizierung!

- An den Schulen arbeiten die SchulsozialarbeiterInnen unabhängig von Beschäftigungsverhältnis, Finanzierungsquelle oder spezifischer Aufgabenzuordnung als fachliches Team zusammen. Sie organisieren in eigener Verantwort-

ung kollegialen fachlichen Austausch.

- In den Regionen existieren definierte Netzwerke der schulübergreifenden Zusammenarbeit.
- Verantwortlichkeiten werden aus der Schulsozialarbeit heraus definiert.
- In den Regionen und deutlich ausgewiesen auf Stadtebene werden personelle Ressourcen für Koordinationsaufgaben benannt. Auf Stadtebene wird ein Team als fachliche Leitung und Koordination entsprechend der konzeptionellen Anforderungen eingerichtet.
- Wenn vor Ort eine eigene Fachstruktur der Schulsozialarbeit nicht realisierbar ist, kann eine Zuordnung zu einer anderen geeigneten kollegialen Struktur (z.B. ZuP) eingerichtet werden. In einer Struktur, in der Schulsozialarbeit verortet ist, hat sie immer auch die Möglichkeit der hierarchischen Beteiligung.

These 11

Schulsozialarbeit ist aktiver Teil der schulischen Hierarchie.

- Die Beteiligung der Schulsozialarbeit an Gremien der Schule ist klar geregelt.
- Schulsozialarbeit hat als Team an der Schule eine eigene Leitung, die auf jeden Fall Mitglied einer Erweiterten Schulleitung ist. Sonst ist Schulsozialarbeit auf jeden Fall immer beratend direkt an die Schulleitung angebunden.

Fortsetzung auf Seite 13



■ **BLZ:** Mit der Sozialen Arbeit ist in den letzten Jahren eine zweite Profession endgültig in den Schulen eingezogen. Ist der Studiengang an der Hochschule Bremen auf dieses neue Arbeitsfeld eingestellt?

Holger Kühl: »Der Studiengang Soziale Arbeit vereint schon seit langem die Bereiche Sozialpädagogik und Sozialarbeit, beide Bereiche fassen wir seit den 70er Jahren unter dem Begriff Soziale Arbeit zusammen. Damit repräsentiert Soziale Arbeit eine sehr große Vielfalt professionel-

Der Studiengang Soziale Arbeit

Interview mit Holger Kühl



Holger Kühl
ist Vorsitzender der Studienkommission Soziale Arbeit und Studiendekan der Fakultät Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule Bremen

ler Handlungsfelder. Jugendamt, Psychiatrie, Drogenarbeit, Flüchtlingsarbeit, Arbeit mit Mädchen und Jungen, Streetwork, Gemeinwesenarbeit sind nur einige Beispiele für Arbeitsfelder, die neben der Arbeit an Schulen für uns relevant sind.

Angesichts dieser Vielfalt haben wir uns, wie die meisten Hochschulen in Deutschland, entschieden, ein generalistisches Studium anzubieten: Unsere AbsolventInnen können in allen Bereichen der Sozialen Arbeit arbeiten. Natürlich haben sie nicht von allen Bereichen alles Wichtige im Studium hören und lernen können. Darum konzentrieren wir uns auf die Vermittlung von Grundkompetenzen und der Reflektion der Arbeit in einzelnen Handlungsfeldern, damit sie selbstständig in jedem Bereich der Sozialen Arbeit tätig werden können. In diesem Sinne ist der Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen bestens gerüstet für die Arbeit an Schulen, ob im Rahmen der direkten Einzelfallarbeit, der Arbeit mit Gruppen oder mit Familien oder auch der Netzwerkarbeit in der Institution Schule oder im Stadtteil. Und darüber hinaus bieten wir auch als Wahlmöglichkeit Veranstaltungen zum Bereich Bildung und zur Schulsozialarbeit an.

Noch eine kurze Ergänzung zu den Berufen an der Schule: Soziale Arbeit

ist darauf vorbereitet, mit anderen Berufen und Professionen zusammenarbeiten: LehrerInnen, ErzieherInnen, PsychologInnen, MensamitarbeiterInnen usw.«

BLZ: Worin bestehen aus Sicht des Studienganges die Aufgaben der Sozialen Arbeit an der Schule?

Holger Kühl: »Wir haben zwei Hauptquellen unserer Arbeit: Die eher am Einzelfall orientierte Arbeit im Sinne der Kinder- und Jugendhilfe, häufig mit dem Stichwort Kindeswohlsicherung verbunden, und die Arbeit mit dem System Schule, also mit ganzen Klassen, mit der Etablierung von speziellen Programmen wie Patenschaftsmodellen oder StreitschlichterInnenmodellen. Wir haben beides im Blick: Das einzelne Individuum und die die sozialen Einbindungen in und außerhalb der Schule. Zusammen stellt das die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen dar. In dieser ganzheitlichen, systemischen Sichtweise werden wir auf allen Ebenen aktiv und suchen Lösungen, Perspektiven, Kooperationen.

Soziale Arbeit rettet nicht die Welt. Aber wir unterstützen alle Beteiligten, selbst ein bisschen zu retten.«

BLZ: Welche Kompetenzen sind für dieses Arbeitsfeld besonders gefragt?

Holger Kühl: »Zunächst sind es Haltungen, die Soziale Arbeit mitbringt: Ganzheitliche Sichtweise, Blick auf Netzwerke, das Fragen nach den Bedingungen und den Zielen aller Beteiligten, Verzicht auf Schuldzuweisungen, und vor allem: Anwaltschaft gerade für die Stillen, Benachteiligten, Schwachen. Klingt vielleicht etwas überhöht, aber unsere ethische Grundorientierung leitet sich aus den Menschenrechten und dem Streben nach Sozialer Gerechtigkeit ab. Das ist tatsächlich ein hoher Anspruch.

Um so arbeiten zu können, ist eine Vielfalt von Kompetenzen nötig. Das Wissen um Soziale Sicherungssysteme, rechtliche Grundlagen, wissenschaftliche Erklärungen des Menschen und der Welt sind noch die einfacheren. Das genaue Hinsehen und Zuhören, das Verständnis von sozialen Zusammenhängen, die Fähigkeit, persönliche Ressourcen zu

entdecken und zu fördern, das Geschick, Vertrauen entstehen zu lassen, Motivation für Veränderungsprozesse entstehen zu lassen, Menschen in ihrem Selbstwertgefühl zu stärken, naja, und dabei die geeigneten Methoden zu nutzen, die richtigen Netzwerke zu schaffen oder zu nutzen, all das gehört zum Kompetenzrepertoire der Sozialen Arbeit.«

BLZ: Im vierten bis sechsten Semester gibt es in der Ausbildung die Module »Praxis im Projektzusammenhang«. Was haben wir uns darunter vorzustellen?

Holger Kühl: »Diese zentrale Veranstaltung in unserem Curriculum dient dazu, dass die Studierenden, von uns vorbereitet, begleitet und anschließend mit uns ausgewertet, erste intensivere Erfahrung in der professionellen Praxis der Sozialen Arbeit machen. Oft können sie dabei auch schon selbst aktiv werden und erleben, wie sich ihr Handeln auswirkt. Diese 540 Stunden Praxis bewerten wir nicht im Sinne von guter oder schlechter Praxis, sondern fragen nach der Reflektion ihres Kompetenzerwerbs. Die Studierenden sind hier also gezwungen, sich mit ihren eigenen Fähigkeiten auseinander zu setzen. Und das wird von uns Lehrenden in Praxisbesuchen, Gesprächen oder über ein umfassendes Portfolio erforscht. Diese Note geht dann auch mit 20% in die Endnote ein.

BLZ: Gibt es Rückmeldungen von AbsolventInnen, die jetzt in der Schule arbeiten?

Holger Kühl: »Wir pflegen weit über die Praktika hinweg Kontakt zur Sozialen Arbeit an Schulen, etwa über die LAG Schulsozialarbeit. Wir erleben, dass es in der Praxis der Schulen oft nicht einfach ist, unser sehr umfassendes Professionsverständnis umzusetzen. Unterrichtsvertretung oder Pausenaufsicht sind eben keine Schulsozialarbeit, wohl aber die Schaffung von Rückzugsräumen, oft Freizeitbereich genannt, informelle Gespräche etwa in der Pause, der Blick über die Schulmauern hinweg in den Stadtteil oder auch der freundliche Hausbesuch bei Eltern. Dort, wo Schulsozialarbeit in den Schulen nach eigener Fachlich-

keit wirken kann, merken alle Beteiligten meist wenn auch nicht immer sofort eine positive Veränderung des Schulklimas, ein größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit, eine wachsende Offenheit im Umgang miteinander.«

BLZ: Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, Herr Kühl?

Holger Kühl: »Die Chance für die Soziale Arbeit, an allen Schulen, egal ob Grund- oder Oberschule, Gymnasium oder Berufsschule, egal ob in Borgfeld oder Tenover, egal ob in Halbtags- oder Ganztagschule, in vernünftigen Arbeitsverhältnissen zu zeigen, was in ihr steckt! Ich bin mir sicher, dass wir eine wichtige Rolle im Zusammenspiel aller Berufe, Professionen und Beteiligten an den Schulen spielen, und das ginge noch viel besser und deutlicher, wenn wir überall vertreten wären!«

BLZ: Vielen Dank für das Interview.
Die Fragen stellte Jürgen Burger

Soziale Arbeit, B.A. an der Hochschule Bremen

Modulstruktur

1	Rechtssystem der BRD unter Berücksichtigung des europäischen Rechts, BGB	Methoden der Sozialen Arbeit, Arbeit mit Einzelnen	Geschichte und Theorien der Sozialen Arbeit	Wissenschaftliches Arbeiten	Sozialwissenschaften I Soziologische und politische Grundlagen Sozialer Arbeit
2	Sozialrecht, Sozialverwaltungsrecht	Methoden der Arbeit mit Familien und Gruppen	Empirie I Quantitative Methoden der Empirischen Sozialforschung in der Sozialen Arbeit	Psychologie	Sozialwissenschaften II Soziologische und politische Grundlagen Sozialer Arbeit
3	Familienrecht, Kinder- u. Jugendhilferecht	Methoden der Arbeit im Gemeinwesen	Handlungsfelder der Sozialen Arbeit	Kommunikation I Selbst- und Fremderfahrung	Erziehungswissenschaft
4	Strafrecht und Kriminologie	Praxis im Projektzusammenhang Grundlagen	Projekt-orientiertes Wahlmodul	Kommunikation II Gesprächsführung	Gesundheitswissenschaft
5	Internationale Soziale Arbeit	Praxis im Projektzusammenhang Begleitung der Praxis	Praxis im Projektzusammenhang Praktikum		
6	Sozialmanagement I	Praxis im Projektzusammenhang Projektevaluation	Empirie II Qualitative Methoden der Empirischen Sozialforschung in der Sozialen Arbeit	Vertiefungs- und Erweiterungsmodul	Kultur- und Medienpädagogik
7	Sozialmanagement II	Professionalität in der Sozialen Arbeit	Bachelor-Thesis		Gender-Studies / Diversity

Fortsetzung von Seite 11

- SchulsozialarbeiterInnen können Teil der Schulleitung werden. Die rechtlichen Bedingungen werden so gestaltet, dass grundsätzlich an allen Schularten SchulsozialarbeiterInnen mit einer geeigneten und anerkannten Qualifizierung eine Funktion in der Schulleitung übernehmen können.

These 12

Schulsozialarbeit ist gleichgestellte und -berechtigte Profession an der Schule!

- Die Professionen in der Schule bilden ein interdisziplinäres Team, getragen vom gemeinsamen Auftrag der Schule ohne professionsbezogene Hierarchien. Es wird gegenseitiger fachlicher Austausch und Unterstützung praktiziert.
- Unterschiedliche Vergütungen bedeuten nicht unterschiedlich »hohe« Fähigkeit.

These 13

Schulsozialarbeit ist Teil des Öffentlichen Dienstes bei der Senatorin für Bildung!

- Die Anbindung an den Öffentlichen Dienst sichert Gleichbehandlung, Garantie tariflicher Bezahlung, Vertretung durch den Personalrat und interne Kooperation.
- Der Arbeitsplatz Schule legt eine Anbindung an die senatorische Behörde für Bildung nahe. Alternativ wäre eine senatorische Behörde als Anbindung denkbar, die die Bereiche Bildung und Jugend vereint, zur Zeit aber weder geplant noch absehbar ist.
- Grundsätzlich ist eine Anbindung an Träger der Kinder- und Jugendhilfe fachlich denkbar.

Die LAG fordert die Auflösung der prekären Arbeitsverhältnisse der MitarbeiterInnen an Schulvereinen und nicht tarifgebundenen Anstellungsträgern. Die Koordination seitens der Behörde muss erweitert werden, um die SchulsozialpädagogInnen mit einzubeziehen. Auch die

Zuständigkeit eines Referats für alle KollegInnen ist wünschenswert, um auch hier eine klare Ansprechbarkeit für deren Belange zu sichern. Die konzeptionelle Gestaltung und Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit an Schulen sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im Bereich der Sozialen Arbeit Tätigen sind und bleiben unser Schwerpunkt. Am 28.5. findet der 5. Bremer SchulsozialarbeiterInnen-Fachtag im Lidice-Haus statt. Unter dem Titel »Klimazonen der Schulsozialarbeit« wollen wir uns mit der Etablierung von Schulsozialarbeit an allen Schulen beschäftigen und »good practice«-Beispiele von kooperativen Projekten näher betrachten. Im Rahmen des 6. Oberschultages der GEW und des GGG am 23.6. soll eine professionelle Kooperation der schulischen Sozialarbeit mit außerschulischen Fachkräften erarbeitet werden, um schulübergreifende Standards zu entwickeln.

■ Die Frage, was Soziale Arbeit ist, wird im wissenschaftlichen Diskurs durchaus unterschiedlich beantwortet. Im Folgenden werde ich Sie konfrontieren mit einer eigenen Antwort auf diese Frage (Was ist Soziale Arbeit?). Es handelt sich hierbei um Überlegungen, die nicht nur Eingang gefunden haben beispielsweise in das Curriculum des Studiengangs Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Darmstadt, sondern die darüber hinaus nicht unwesentlich die wissenschaftliche Diskussion um eine Professionalisierung und insbeson-

Was ist Soziale Arbeit?

Soziale Arbeit in Zeiten zunehmender sozialer Ausschließung und Ausgrenzung



Prof. Dr. Frank Bettinger

Bis 2013 Professor für Sozialpädagogik an der EH Darmstadt; Lehraufträge an diversen Hochschulen in Deutschland; Vorsitzender des Bremer Instituts für Soziale Arbeit + Entwicklung (Hochschule Bremen); Mitbegründer des bundesweiten Arbeitskreises kritische Soziale Arbeit (AKS) frank.bettinger@t-online.de www.bisa-bremen.de www.kritischesozialarbeit.de

dere Politisierung Sozialer Arbeit sowie das Bemühen um eine reflexive und kritische Soziale Arbeit im deutschsprachigen Raum beeinflusst haben.

Missverständnisse

Diese Überlegungen zu den Aufgaben und Funktionen Sozialer Arbeit, die in aller Kürze vorgestellt werden sollen, unterscheiden sich erheblich von den eher alltagstheoretischen und naiven Vorstellungen, mit denen Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen regelmäßig in Gesprächen mit Bürgern und Bürgerinnen oder auch mit Entscheidungsträgern aus dem Politikbereich konfrontiert werden. Denn tatsächlich scheint doch kaum jemand nicht »konkret« zu wissen, was von Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen zu erwarten ist. Problematisch werden solche Vorstellungen dann, wenn aus ihnen die Aufgaben und Aufträge resultieren, mit denen Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen dann konfrontiert werden: »Kriminalität und Abweichung bekämpfen«, »Fördern und Fordern«, »Kontrollieren«, »Disziplinieren«, »Erziehen« u.v.m. Nicht selten wird Soziale Arbeit als »soziale Feuerwehr« oder als gesellschaftliche Ordnungsinstanz missverstanden

oder missbraucht, die zur Befriedung von Gemeinwesen und »sozialen Brennpunkten« oder zur (Re-)Integration »gefährlicher«, »gefährdeter« oder »sozial Schwacher« bzw. »leistungsschwacher« Personen und Gruppen beizutragen habe.

Fehlende Anerkennung und Ressourcen

Und in gleichem Maße, wie die an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben- und Funktionszuweisungen zunehmen, wird ihr nicht nur gesellschaftliche Anerkennung verwehrt, sondern werden ihr die finanziellen und personellen Ressourcen vorenthalten bzw. beschnitten, die notwendig wären, um diese an die Soziale Arbeit gerichteten Aufgaben und Aufträge überhaupt bewältigen zu können. Erschwerend kommt gerade in Bremen hinzu, dass tatsächliche Bedarfe an sozialstaatlichen Angeboten oder Dienstleistungen (insbesondere für die es keinen Rechtsanspruch gibt) wegen ausbleibender Sozialplanungsprozesse ebenso wenig bekannt sind, wie die tatsächlichen Lebenslagen und Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen (und dies, obwohl der Senat gesetzlich einmal in der Legislaturperiode zur Erhebung verpflichtet ist!). So interessiert die Entscheidungsträgerinnen in Politik und Verwaltung nicht, welche konkreten Bedarfe es gibt, um an diesen orientiert fachliche Konzepte und Angebote zu entwickeln und zu implementieren. Vielmehr geht es ihnen zunehmend darum, in vielen Bereichen sozialstaatliche Errungenschaften und Notwendigkeiten wegen angeblich vorliegender »Sachzwänge« abzubauen, und stattdessen Konzepte und Maßnahmen zu kreieren oder zu übernehmen, die vor allem billiger sind und sich dann dennoch im Nachhinein irgendwie mit fachlicher Terminologie begründen lassen. – Und nicht zuletzt werden zunächst Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen zur Verantwortung gezogen bzw. müssen sich dafür legitimieren (ein prominentes Beispiel ist der sog. »Fall Kevin«), wenn – nicht nur in Folge unerträglicher Sparmaßnahmen – die erhofften »Wirkungen« sozialarbeiterischer bzw. sozialpädagogischer Prävention, Intervention oder Reaktion ausbleiben.

Reduziertes Aufgabenverständnis

Dabei basieren die Annahmen der zumeist staatlich-politischen »Auftraggeber« regelmäßig auf einem unwissenschaftlichen und viel zu reduzierten oder sogar ideologischen Verständnis von individuellen Problemlagen bzw. von »sozialen Problemen«. Gemeint ist ein alltagstheoretisches Verständnis, das nicht nur den Erklärungsversuchen bezüglich individueller Problemlagen oder sozialer Probleme zugrunde liegt; zudem geht mit diesen Erklärungsversuchen die naive und zugleich gefährliche Annahme einher, man könne individuelle, aber strukturell bedingte Problemlagen bzw. »soziale Probleme« – einem naturwissenschaftlichen Verständnis von Gesellschaft folgend – quasi technisch beheben. In der Konsequenz werden aus den Folgen eines neoliberalen Kapitalismus bzw. aus »sozialen Problemen« die »Problem-belasteten«, die »Gefährlichen«, die »Defizitären«, die »Unangepassten«, die »Leistungsunwilligen« oder »Aktivierungsresistenten«, die der individualisierenden Bearbeitung durch Aktivierenden Staat, Sozialpolitik und Soziale Arbeit zuzuführen sind. – Ein solches Verständnis von »sozialen Problemen« bzw. von den Funktionen und Aufgaben Sozialer Arbeit – insbesondere in Anbetracht der Ausblendung gesellschaftlicher (Ungleichheits-)Verhältnisse – ist allerdings entschieden entgegen zu treten! Eine Forderung, die formuliert wird in Anbetracht

1.) sozialwissenschaftlicher Krisendiagnosen bezogen auf einen unterstellten tief greifenden Strukturwandel. So scheint Einigkeit dahin gehend zu bestehen, dass gesellschaftliche Widersprüche und in der Folge massive Problemlagen und das Leiden vieler Menschen (zunehmende Armut, strukturelle Arbeitslosigkeit, unsichere Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse, Ausgrenzung und Ausschließung) in unserer Gesellschaft im Kontext dieser gesellschaftsstrukturellen Umbrüche eine neue Qualität erreicht haben; sowie

2.) narkotisierender Schleier, die – ausgehend von interessegeleiteten neoliberalen Diskursen und im Zusammenwirken mit kulturindustriellen Berieselungen – die Menschen

nicht nur dazu drängen, gute Untertanen, Marktteilnehmer und Konsumenten zu sein und sich mit den Verhältnissen (so wie sie sind) abzufinden, sondern zudem kontinuierlich dazu motivieren, sich an der unsäglichen Maxime »jeder ist seines Glückes Schmid« zu orientieren.

Wenn wir als Bürger und Bürgerinnen und gerade auch als Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen diese Entwicklungen nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen, sondern darauf hinaus wollen, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Strukturen und Prozessen im neoliberalen Kapitalismus und der Aktualität von sozialer Ausschließung und Ausgrenzung, dann sollten wir bemüht sein, Antwort darauf zu geben, wie wir uns zur Tatsache zunehmender sozialer Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit sowie prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse verhalten wollen.

Kritische Sozialarbeit

Angesichts einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft, die ihre Entwicklungsperspektiven nahezu ausschließlich an Kategorien wie Verwertbarkeit, Effizienz, Konkurrenz und Profit anlegt sowie angesichts sich verschärfender sozialer Ungleichheits- und Ausgrenzungsverhältnisse ist es m. E. dringend geboten, dass (Aus-)bildung und Wissenschaft, Kirchen, Gewerkschaften und soziale Bewegungen aus den disziplinären und institutionellen Beschränkungen heraus treten und sich gemeinsam im Kampf gegen zunehmende soziale Ungleichheit, Ausschließung und Ausbeutung engagieren – im Bemühen um eine solidarische Gestaltung des Sozialen mit vereinten Kräften.

In diesem Zusammenhang ist eine selbstbestimmte und politische Soziale Arbeit zu fordern (und realisierbar), die bemüht ist, sich von den eingangs beschriebenen Funktions- und Auftragszuschreibungen zu emanzipieren (beispielsweise von einer ideologischen, wahltaktisch geprägten und jegliche fachliche Expertise ignorierende Entscheidung des Bremer Bürgermeisters, Geschlossene Unterbringung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu realisieren). Zu fordern ist eine kritische Soziale Arbeit, die sich dadurch auszeichnet,

dass sie ihren Gegenstand (also das, womit sie es zu tun hat,) eigenständig benennt und sich darauf in der sozialpädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis auch tatsächlich bezieht. Gegenstand Sozialer Arbeit sind Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung und Ausgrenzung. Hierauf Bezug nehmend können als Funktionen Sozialer Arbeit u.a. die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation benannt werden. Zur Realisierung von Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation hat eine sich kritisch verstehende Soziale Arbeit neben der Gewährung von Hilfe und Unterstützung u.a. Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu offerieren, die sich einerseits orientieren an den Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation sowie der Ermöglichung von Lebensbewältigungskompetenzen, andererseits an den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen der Nutzer und Nutzerinnen sozialpädagogischer bzw. sozialarbeiterischer Angebote. Und: eine solche kritische Soziale Arbeit hat Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. – Dass eine solche politische und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Soziale Arbeit möglich ist, zeigt bundesweit seit einigen Jahren das Engagement vieler Kolleginnen und Kollegen aus Praxis und Hochschulen im Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit (AKS) sowie in neu gegründeten Bündnissen Soziale Arbeit in Bremen und in Berlin. Notwendiger denn je scheint aber darüber hinaus eine (in Anbetracht hegemonialer neoliberaler Ideologie nicht zu erwartende) radikale Reform der Ausbildungsgänge an den (Fach-)Hochschulen, die nicht zuletzt in Folge des sog. Bologna-Prozesses häufig nicht nur kein Interesse mehr an Gesellschaftstheorie, Sozialstaatskritik und Herrschaftsverhältnissen zu haben scheinen, als vielmehr an der Gewährleistung von Marktkonformität, gesellschaftlicher Ordnung sowie an der Produktion von Funktionsträgern und Untertanen.

Privatisierungsreport – 12

Die Heilsbringer kommen – zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich



Die Aufgaben wachsen – der Personalstand nicht. In dieser Konstellation kommen seit einigen Jahren auf den verschiedensten Wegen Menschen in die Schulen, die keine pädagogische oder lediglich eine Schmalspur-Ausbildung haben, aber wichtige Teile der Arbeit – oftmals auch den Unterricht – übernehmen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler etwa Seiteneinsteiger in den Beruf, Unternehmensvertreter, Ingenieure der Telekom, im öffentlichen Dienst überflüssige Förster, die »Teach-First-Fellows«, Bildungspaten, -coaches und -lotsen, prekäre Beschäftigte, Mini-Jobber, Ehrenamtliche und neuerdings Jugendoffiziere der Bundeswehr kennen. Was auf den ersten Blick wie eine personelle Notlösung aussieht, wird öffentlich gerne schön geredet und von Schulen, die dringend Unterstützung brauchen, oft willkommen geheißen: Endlich Unterrichtsgarantie! Endlich individuelle Förderung! Endlich authentisches Wissen aus der Wirtschaft! Endlich Sicherheitspolitik aus erster Hand! Diese Stimmung meint der Titel dieses Privatisierungsreports: »Die Heilsbringer kommen!«

Die Broschüre kann von der Homepage des GEW-Hauptvorstandes heruntergeladen werden. Bestellung in Papierform über die GEW-Geschäftsstelle Bremen.

■ Wie sieht die Arbeit der pädagogischen Mitarbeiterin aus? Um darüber berichten zu können haben wir uns mit Ulla getroffen. Sie arbeitet an einer Schule in schwieriger Lage, im sogenannten Brennpunkt, im Bremer Westen.

Seit wann?

Ich bin 1984 als staatlich anerkannte Erzieherin in einem Familienkinderheim angefangen. Da habe ich für ca. 1500 DM brutto 13 Jahre gearbeitet. Danach war ich auch persönliche

Grundschule X

Pädagogische Mitarbeit konkret

Assistenz für ein türkisches Mädchen für den MC. 2001 wurde ich Mitarbeiterin als Hausaufgabenhilfe im Nachbarschaftshaus. Dort wurde ich angesprochen, ob ich im Rahmen der Verlässlichkeit in der Grundschule arbeiten wollte. Das war 2001 und wir waren die Betreuungskräfte.

Was heißt das?

Wir haben die Kinder beschäftigt, die keinen Unterricht hatten. Gespielt, gebastelt, gemalt, gefrühstückt, auf den Spielplatz begleitet... Allerdings waren die ersten Verträge meistens befristet, und es gab z.B. kein Weihnachtsgeld.

Du warst qualifiziert, waren das alle?

Nein, es gab sehr viele Kräfte, die überhaupt keine Ausbildung hatten. Mütter, die ein paar Stunden da waren ohne Ausbildung, und es hat auch nie Fortbildung oder Weiterbildungsangebote gegeben. Natürlich gab es auch damals schon Absprachen mit den Lehrkräften, aber Teams, die zusammenarbeiteten waren eher die Ausnahme. Und die Ansprüche an uns waren auch nicht so hoch wie heute. Erst später hatten mehr die ErzieherInnenausbildung, auch weil sie endlich angeboten wurde als Qualifizierungsmaßnahme.

Was hat sich geändert?

Also ich habe einen festen Vertrag bei Bildung, das ist gut. Früher war die Arbeit unstrukturierter, heute ist Teamabsprache erwünscht, aber auch spontaner Einsatz, wenn Lehrkräfte fehlen, und das geht dann in Richtung Vertretung von Unterricht, die wir ja offiziell nicht machen dürfen. Aber wir werden da zum Stopfen von Löchern benutzt. In der Statistik der Senatorin taucht das als Unterrichtsausfall bisher nicht auf! Mittlerweile werde ich auch nach Tarif bezahlt, ausgerechnet habe ich für mich den Stundenlohn von 14,06 Euro.

Und die Kinder, wie sind die so?

Die haben sich auch verändert. Sie sind anspruchsvoller geworden, schwieriger im Verhalten, schlechter in ihren Leistungen, viele werden von zu Hause nicht mehr ausreichend vorbereitet oder unterstützt, das macht das ganze Arbeiten anstrengender, weil es nicht mehr reicht, Angebote zu machen. Also haben wir auch mehr Vorbereitung. Es geht auch viel um Beachtung von Regeln, Respekt untereinander, Achtung des anderen, der anderen Kultur. Ganz oft müssen Streitereien geschlichtet werden. Ich kann da insgesamt etwas von meiner Erfahrung profitieren. Auch Spaß muss dabei sein, wir spielen, musizieren, lesen vor, erfinden Geschichten. Wir müssen wie die Lehrkräfte für alles Mögliche da sein. Die Absprachen untereinander sind besser geworden, aber der Aufwand dafür auch höher. Da bräuchten wir unbedingt Teamstunden, die wir nicht haben. Hausaufgabenhilfe wird erwartet. Selbst das Aufräumen der Schultaschen, Elterngespräche und die Übernahme von Aufgaben der Eltern. Und wir haben dann auch noch Begleitung von Klassenfahrten, Ausflügen, Gang zum Mittagessen, Busfahrten,... Da werden schnell Überstunden gemacht, die meistens unbezahlt sind. Und die offiziellen Fortbildungen fehlen, wir müssen uns selbst kümmern, wenn wir das wollen und die Kraft reicht.

Gibt es auch Zufriedenheit?

Toll ist es, wenn es gelingt zu den Kindern eine intensivere Beziehung aufzubauen. Das ist für uns manch-

mal eher möglich als für die Lehrkraft, weil wir oft auch mit den einzelnen Kindern arbeiten können und nicht nur Gruppen haben. Da haben wir einen Vorteil.

Gibt es weitere Probleme?

Wie gesagt, der Job ist anstrengend. Und vom Geld her letztlich nicht ausreichend. Ich habe einen zweiten zusätzlich. Und es ist auch immer noch schwierig mehr Stunden zu bekommen, weil für die Schulleitung natürlich viele Köpfe mehr Sinn machen, da man diese flexibler einsetzen kann als einen mit vielen Stunden. Das ändert sich so langsam, weil der Personalrat die Aufstockungsvor-Neueinstellung-Regel durchgesetzt hat.

Welche Wünsche / Forderungen hast du?

Für mich wünsche ich mir im Moment mehr Stunden. Und in diesen Stunden auch mehr Einsatz im Lernbereich. Insgesamt mehr Würdigung unserer Arbeit, weil sie so vielfältig ist. Absprachen und Teamarbeit sind nötig und sollten mit mehr Stunden fest verankert werden. Und ich wünsche mir immer gute Zusammenarbeit. Zu der Zusammenarbeit gehört auch, dass ich zusammen mit den Lehrkräften mich austausche über die Kinder, und zwar nicht nur über die Problemfälle, sondern über alle Kinder, deren Schwächen und Stärken. Eine Kleinigkeit ist z.B. ein eigenes Fach zu haben, meinen eigenen Schrank für Material usw. Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Mehr Fortbildungs- oder Weiterbildungsangebote sollten gemacht werden. Möglichst in der Arbeitszeit. Und die Kolleginnen sollten alle bei Bildung beschäftigt werden. Ein weiterer Punkt wäre noch die Ansprechbarkeit oder Stärkung von Interessenvertretung für mich, vielleicht so eine regionale Ansprechstelle oder Gewerkschaftsgruppe.

Liebe Ulla, Danke für das Gespräch.

Das Gespräch wurde mit Ulla Schwientek geführt, Pädagogische Mitarbeiterin/ Schule am Halmerweg.

Die Fragen stellte Wilfried Meyer

Die Arbeitsbelastung von ErzieherInnen an Ganztagschulen

Eine Berliner Studie, die auch für Bremen von Bedeutung ist

■ De GEW BERLIN hat die erste wissenschaftliche Studie über die Arbeitsbelastungen von ErzieherInnen an Ganztagsgrundschulen vorgelegt. Während es mittlerweile etliche Untersuchungen über die Arbeitsbelastungen von Kita-ErzieherInnen sowie Studien zu deren Arbeits- und Gesundheitsschutz gibt, lag bisher keine wissenschaftliche Arbeit über diese Beschäftigtengruppe vor.

Der Arbeitswissenschaftler Prof. Dr. Rudow hat in einer repräsentativen Erhebung 1.435 ErzieherInnen an Berliner Ganztagsgrundschulen über ihre Arbeitsbelastungen und deren Auswirkungen befragt. Das signifikant höhere Burnout-Risiko, die deutlich geringere Arbeitszufriedenheit als in anderen pädagogischen Berufen und die als gering empfundene Wertschätzung der Arbeit sind die beunruhigenden Kennzeichen der Arbeitssituation der ErzieherInnen an Berliner Grundschulen.

Die Studie liefert erstmals empirische Ergebnisse über das Belastungserleben der ErzieherInnen und zeigt dessen gesundheitliche Auswirkungen auf. Sie zeigt überdies, in welchem Zusammenhang die strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Berliner Ganztagsgrundschulen zu den körperlichen und psychischen Gesundheitsrisiken der ErzieherInnen stehen. Dabei erweisen sich folgende Punkte als besonders problematisch:

- **Die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen.** Es besteht ein gravierendes Missverhältnis zu den zu erledigenden Aufgaben und der Anzahl der zu betreuenden Kinder. Verstärkt wird dieses Missverhältnis dadurch, dass die ErzieherInnen in relevantem Ausmaß für Tätigkeiten eingesetzt werden, für die keine (oder bedeutend geringere) personellen

len Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das führt bei den ErzieherInnen zu Stress, Druck und damit verbunden zu erhöhten körperlichen und psychischen Risiken und Beschwerden.

- **Die Entwicklungsziele für den Ganztag und die daraus resultierenden Aufgaben der ErzieherInnen haben im Schulalltag eine untergeordnete Bedeutung.** Sie werden häufig überlagert von Aufgaben, die die ErzieherInnen zur Unterstützung des Unterrichts zu erbringen haben. Auch in der Ganztagschule hat die formale Bildung (Unterricht) Vorrang vor der informellen Bildung (außerunterrichtlicher Bereich). Hier liegt eine wesentliche Ursache für die von vielen ErzieherInnen erlebte Gratifikationskrise (mit den damit verbundenen gesundheitsgefährdenden Auswirkungen).

- **Es mangelt an Zeit.** Das trifft für die Kooperation mit Lehrkräften genauso zu wie für die mittelbare pädagogische Arbeit (mpA). Die dafür erforderlichen Zeiten stehen nicht verbindlich und verlässlich zur Verfügung. Auch dies führt zu Stress, Druck und dem Gefühl, den

gestellten und eigenen Anforderungen nicht genügen zu können (»Umsetzungsdilemma«).

- **Die Raumsituation und die materielle Ausstattung verschärfen an vielen Schulen die Belastung.** Zu kleine, zu wenige, schlecht ausgestattete Räume tragen zu gesundheitlichen Risiken bei. Besonders hervorzuheben ist ferner die Tatsache, dass vielfach Pausenräume fehlen.

- **Ein wesentlicher, von den meisten ErzieherInnen benannter negativer Faktor ist die als unzureichend empfundene Wertschätzung und Anerkennung.** Sie äußert sich in fast allen Punkten: Vorrang in der Schule hat fast immer der Unterricht. ErzieherInnen müssen Lehrkräfte vertreten, werden in hohem Maße zur Unterstützung für unterrichtsbegleitende Tätigkeiten eingesetzt – auch um den Preis, dass für den außerunterrichtlichen Bereich nicht ausreichend Personal zur Verfügung steht. Auch die Raumfrage wird zu Lasten des Ganztagsbetriebes geklärt: Fehlen Unterrichtsräume, werden Räume des Freizeitbereiches umgewandelt.

Die Ergebnisse der Studie sind Anlass, den Diskussionsprozess um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den Gesundheitsschutz der ErzieherInnen zu beginnen – und damit auch einen Beitrag zur Verbesserung der pädagogischen Qualität der Ganztagsgrundschulen zu leisten.

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und umfassenden psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Zwänge, Essstörungen, Erschöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

■ SozialpädagogInnen an Bremer Schulen haben die unterschiedlichsten Arbeitgeber: Schulvereine, verschiedene Träger wie das Deutsche Rote Kreuz oder das Institut für Berufs- und Sozialpädagogik, einige sind auch bei der Bildungsbehörde angestellt. Die meisten von ihnen müssen wiederholt mit befristeten Verträgen leben und arbeiten. Diese ungünstigen und unsicheren Rahmenbedingungen sind an vielen Schulen zuletzt noch ungünstiger geworden. Fehlende Drittmittel

»Nicht mehr unbeschwert im Unterricht«

An vielen Bremer Schulen fehlen SozialpädagogInnen. An der Allgemeinen Berufsschule ist die Lage besonders brisant



Elke Koch
Allgemeine
Berufsschule

haben zu Stellenreduzierungen geführt, Vakanzen durch Elternzeit wurden und werden nicht neu besetzt. Das ärgert auch Elke Koch, Lehrerin an der Allgemeinen Berufsschule (ABS). Ihre Arbeit in Sprach- und Berufspraktikantenklassen ist zuletzt deutlich schwieriger geworden. Im Interview mit der BLZ schildert sie die belastende Situation.

Frage: An der ABS steigen die Schülerzahlen stark an, viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen an ihre Schule, die aber von deutlich weniger SozialpädagogInnen betreut werden. Mehr als sechs Stellen sind in den vergangenen drei Jahren weggefallen. Was sind die Folgen?

Elke Koch: Das Problem ist Mehrarbeit. Dadurch entsteht ein immer größerer Zeitmangel. Eigentlich soll und will ich hauptsächlich unterrichten, aber ohne ausreichende sozialpädagogische Betreuung, habe ich in ganz anderen Bereichen zu tun, weil mir die Schülerinnen und Schüler am Herzen liegen und Hilfe brauchen, oft existenzielle Hilfe.

Natürlich begleite ich meine Schülerin aus Syrien mit geringen Deutschkenntnissen beim Gang zum Jobcenter, um finanzielle Fragen und Probleme mit ihrem Aufenthaltstitel klären zu helfen. Das hat mehr als drei Stunden gedauert, aber es war notwendig, die Schülerin wusste nicht mehr ein oder aus. Daneben ist es auch schwierig und auf Dauer emotional belastend, neben dem Unterricht auch ständig an die sozialpädagogischen Probleme denken zu müssen und zwischen beiden Bereichen zu springen.

Frage: Was könnte die derzeitige Situation an der ABS entschärfen?

Elke Koch: Wir brauchen dringend personelle Entlastung, um unseren eigentlichen Job wieder gut und motiviert machen zu können. Das Verhältnis von einem Sozialpädagogen für drei Klassen – wie an den Werkschulen – muss es schon sein. Wir brauchen eine Entlastung, die uns mindestens wieder auf das Level im Jahr 2012 bringt. Da hatten unsere Jugendlichen in den Praktikumsklassen noch Unterstützung und Begleitung, um zum Beispiel den Kontakt zu den Betrieben herzustellen, sie bekamen von den Klassenteams noch ausreichende Bewerbungshilfe. Das machen ich und meine KollegInnen jetzt während des Unterrichts, davor und vorallem danach. Gerade unsere Schülerinnen und Schüler brauchen auch außerhalb der Schule bei ihren Praktika Erfolgserlebnisse, um überhaupt eine Chance auf dem Ausbildungsmarkt zu haben. In den vergangenen Jahren konnten sich unsere Jugendlichen noch deutlich öfter über Ausbildungsplätze freuen. Die Vermittlungsquote hat abgenommen.

Frage: Die Bildungsbehörde hat zugesagt, ab Juni eine neue sozialpädagogische Stelle an der ABS zu finanzieren...

Elke Koch: ... Das ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es kommt jemand, der oder die sich einarbeiten muss, viele Eingearbeitete mussten in den vergangenen drei Jahren gehen, weil Drittmittel ausliefen, obwohl die Schülerzahlen zuletzt

stark angestiegen sind. Deshalb mussten wir – zusammen mit dem Zentrum für Schule und Beruf (zsb), dem Kooperationspartner der ABS, – bis Ostern und jetzt bis zu den Sommerferien mehrere Notfallpläne organisieren, um die noch vorhandene sozialpädagogische Kompetenz irgendwie zu verteilen. Erschwerend kommt hinzu, dass an unserer Schule ganzjährig eingeschult wird. Vor allem Vorklassen mit neuen Flüchtlingen sollen umgehend eingerichtet werden. Und die häufig unbegleiteten Minderjährigen, die dazu oft traumatisiert sind, müssen schnell beschult, und intensiv betreut werden. Da entstehen für die Klassenteams nicht selten nahezu unlösbare Probleme.

Frage: Da ist es sicherlich nicht einfach, die Ansprüche an die eigene Arbeit aufrechtzuerhalten?

Elke Koch: Ja, das ist kaum möglich. Immerhin gibt es jetzt an unserer Schule die Möglichkeit, an einer Supervision teilzunehmen, um traumatisierten Jugendlichen besser helfen zu können. Die Finanzierung dafür steht. Mich persönlich hat eine Unterrichtssituation kurz nach den Osterferien stark mitgenommen, als eine Schülerin aus Afrika plötzlich zusammengebrochen und kollabiert ist. Die Klasse beruhigen, den Krankenwagen rufen, eine Vertretung organisieren, den Notarzt über die Hintergründe informieren – das hat mich emotional stark gefordert, trotz meiner langjährigen Erfahrung als Lehrerin. Unbeschwert in den nächsten Unterricht – das ging eine Zeit lang nicht mehr.

Die Fragen stellte Karsten Krüger

Die BLZ im Internet

Auf der Homepage der GEW Bremen kann direkt auf der Startseite der Schriftzug BLZ angeklickt werden.

Viele gekürzte Artikel sind hier in ungekürzter Form nachzulesen.

Inklusion – der Stand der Dinge

Beiträge der ZUP-Leitungen auf der GEW-Veranstaltung am 15.04.

■ Am 15.04. hatte die GEW die bildungspolitischen SprecherInnen der Bürgerchaftsparteien und den Lan-

desbehindertenbeauftragten geladen, um über den Realisierungsstand der Inklusion an den Bremer Schulen zu

sprechen. Am gleichen Tag wurde das »Bremer Memorandum« der Presse vorgestellt. (Siehe hierzu die letzte BLZ und den WK vom 16.04.) Eingeleitet wurde die Versammlung durch Beiträge der ZUP-Leitungen, vertreten durch ihre SprecherInnen. Wir dokumentieren hier die Beiträge aus der Primarstufe und der Sek. I.

Zum Stand der Inklusion in Bremer Grundschulen

Gunhild Ruhstrat

■ Inklusion in Bremer Grundschulen- das wird seit Jahren gemacht und die Kolleginnen können das – das ist die allgemeine Sprachregelung! Und es ist sicher richtig, dass im Primarbereich über die Jahre hinweg in den meisten Schulen eine positive Grundhaltung und ein Knowhow für Kinder mit Problemen im Lernen, in der Sprache und im Verhalten entstanden sind.

Aber können wir das Ziel unter den vorfindbaren Bedingungen wirklich erreichen – nämlich: Den Schülerinnen und Schülern eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilnahme am Bildungssystem und im gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen?

Es ist schwierig, allgemein gültige Aussagen zur Inklusion in Bremer Grundschulen zu treffen. Wir alle wissen, dass die Entwicklungen in den verschiedenen Stadtteilen sehr unterschiedlich verlaufen. Der Armut- und Reichtumsbericht für Bremen hat gezeigt, dass der Anteil armer Menschen rasant steigt, aber auch der Reichtum Einzelner. Dies geht einher mit einer zunehmenden sozialen Entmischung.

Es gibt Grundschulen, deren Schülerschaft am Ende der Grundschulzeit zu 70-80 Prozent in die Gymnasien wechseln und wir haben auf der anderen Seite Schulen, in denen höchstens 10-20 Prozent der SuS eine gymnasiale Empfehlung erhalten. In der Regel sind dies auch die Schulen mit einem überproportionalen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und auch mit sonderpädagogischen Bedarfen.

Die zu bewältigenden bildungspolitischen Herausforderungen sind in diesen Stadtteilen besonders groß, wenn es uns darum gehen soll, ungleiche Bildungs- und Lebenschancen zu kompensieren.

Inklusion in Bremen wurde begonnen nach langen Jahren der Kürzungen im Bildungsbereich. Viele auftretende Probleme, die jetzt als Folge des Inklusionsprozesses angesehen werden, waren schon vorher vorhanden, werden aber jetzt überdeutlich.

Inklusion kann aber nur dann gelingen, wenn auch die Grundausrüstung an den Grundschulen ausreichend ist. Damit gemeint sind u.a. ausreichend Stunden für LRS, Dyskalkulie, Motorik, Sprachförderung und im Moment besonders brisant: genügend Stunden, um Sprachanfänger angemessen fördern zu können.

Zur konkreten Situation in den ZuPs im Bereich LSV in Grundschulen:

1. Es gibt eine strukturelle Unterversorgung in der sonderpädagogischen Förderung in den Grundschulen. Bei der Berechnung der sonderpädagogischen Stunden wird von einer Förderquote von 6% ausgegangen. Man folgt damit den Empfehlungen von Preuss- Lausitz aus dem Jahre 2008. Selbst behördenintern geht man inzwischen von einem wesentlich höheren Anteil aus. Grundsätzlich ist deshalb zu sagen: mit den vorhandenen Stunden können nicht alle Schülerinnen und Schüler, denen eine sonderpädagogische Förderung zustehen würde, angemessen versorgt werden.

Manche bleiben unversorgt, und an eine präventive Förderung, wie im Schulgesetz verankert, ist unter die-

sen Bedingungen gar nicht zu denken.

2. Eine Feststellungsdiagnostik findet erst am Ende der dritten Klasse statt – das klingt fortschrittlich – aber: Wenn man die SuS der ersten drei Grundschuljahre nicht mit berechnet, verringert man, gewollt oder nicht gewollt, die sogenannte Förderquote.

3. Es gibt keine personellen und inhaltlichen Standards, nach denen in Grundschulen gefördert werden kann und soll. Da werden Schülerinnen und Schüler stundenweise aus dem Unterricht herausgenommen, in Kleingruppen unterrichtet, im Jahrgang verteilt... je nachdem, wie die Stunden reichen. Ein System ist auch bei gutem Willen nicht zu erkennen.

4. Unterrichtsausfall ist im Primarbereich für Eltern kaum wahrnehmbar, da alle Schulen verlässlich sind. Auf einen medialen Aufschrei von Seiten der Eltern warten wir deshalb vergeblich.

Sonderpädagogen werden grundsätzlich nicht vertreten, auch nicht bei längerfristigen Erkrankungen. Doppelbesetzungen werden auf Kosten der sonderpädagogischen Versorgung aufgelöst. Die Betreuung durch pädagogische Mitarbeiter ersetzt aber keinen Unterricht durch Lehrkräfte. Die Leidtragenden sind alle Schülerinnen und Schüler, aber besonders die, die einen Anspruch auf eine besondere Förderung haben.

5. Sonderpädagoginnen und – pädagogen im Primarbereich sind im Wesentlichen für die Diagnostik zuständig. All die Stunden, die dafür nötig sind, gehen auf Kosten der zu fördernden SuS, da es dafür keine



Gunhild Ruhstrat

Extrazuzuweisung gibt. Dazu heißt es lapidar: Diese Stunden sind in der allgemeinen Zuweisung enthalten.

6. Seit diesem Schuljahr gibt es unter der ID Nr.1051 ein neues Modell der Stundenberechnung im Bereich LSV im Primarbereich, das uns als innovativ, bundesweit vorbildlich, transparent und sozial gerecht verkauft wird. Begründet wird diese Neuverteilung mit dem Argument, dass man aus dem Ressourcen-Etiketten-Dilemma herauskommen müsse. Deshalb wurden den Schulen nach Schulgröße und sozialen Indikatoren Stunden für die sonderpädagogische Förderung zugewiesen.

Manche Schulen haben zu Recht von diesem neuen Verteilungsschema profitiert. Aber an vielen Stellen Bremens kam es zu erheblichen Verwerfungen. In einigen Stadtteilen haben Schulen, die eigentlich kaum Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufweisen, ein erhebliches Stundenkontingent dazu gewonnen, während Schulen in sozialen Brennpunkten viele Stunden abgeben mussten, was dazu geführt hat, dass nicht mehr alle Kinder bedarfsgerecht gefördert werden können.

Insgesamt fand hier eine Umverteilung von unten nach oben statt.

7. In den Ganztagsgrundschulen zeigt der Alltag, dass es extrem schwierig sein kann, Schülerinnen und Schüler mit Problemen im Verhalten, aber auch in der allgemeinen

Orientierung und im Lernen ganzjährig unter den vorhandenen Bedingungen angemessen zu beschulen und zu betreuen.

Und jetzt noch etwas in eigener Sache: ZuP-Leitungen im Primarbereich erhalten, egal, wie groß ihre Schule ist und egal, ob sie im Verbund arbeiten, ihr ganz normales Gehalt weiter, und das alles standortunabhängig bei einer Stundenentlastung von nur 2-3 Stunden. Kein Wunder also, dass viele ZuP-Leitungen nicht mehr besetzt sind. Das frage ich mich und Sie: Wie soll da Inklusion sinnvoll umgesetzt und weiterentwickelt werden?

Für mich ergeben sich daraus eine Vielzahl von Forderungen, hier nur die wesentlichen:

- Die strukturelle Unterversorgung der Grundschulen im Regel- und im Förderbereich muss ein Ende haben. Auch für Beratung und Diagnostik müssen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Wir brauchen eine ausreichende Vertretungsreserve auch für Sonderpädagoginnen. Doppelbesetzungen dürfen nicht aufgelöst werden.
- Eine systemische Stundenzuweisung wie die ID 1051 muss in der jetzigen Form weg bzw. sie muss die realen Bedarfe von Schulen und Kindern widerspiegeln. Jedes Kind

hat neben einer systemischen Versorgung weiterhin auch einen individuellen Anspruch auf Förderung, dieser muss eingelöst werden.

- Bei besonderen Bedarfen einzelner SuS muss es Nachsteuerungsmöglichkeiten geben, damit sie in der Grundschule ihres Einzugsgebietes verbleiben können und Grundschulen müssen durch die Bereitstellung entsprechender Mittel auf Dauer in die Lage versetzt werden, auch SuS mit anderen Behinderungsarten außer LSV aufzunehmen.
- Wir fordern auch für den P-Bereich eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation.
- Im Primarbereich müssen ZuP-Leitungen besser bezahlt werden und in Abhängigkeit von der Größe der Schule und ihres Standortes mit zusätzlichen Verwaltungsstunden ausgestattet werden.

Viele von unsere Grundschulen haben in ihrem Schulkonzept stehen: **In unserer Schule sind alle Kinder herzlich willkommen.**

Dieser Satz ist von uns sehr ernst gemeint, aber wir müssen in die Lage versetzt werden, diesen Anspruch auch einlösen zu können. Nur wenn wir es schaffen, alle Kinder pädagogisch sinnvoll zu unterrichten und zu fördern, können wir von Inklusion und einer Willkommenskultur sprechen.

Stellungnahme der ZuP-Sprecherinnen des SEK-I-Bereichs

*Johanna Boomgarden/
Christa Sprenger*

■ Nach Abfrage an den Oberschulen ergibt sich aus der Rückmeldung von 25 Oberschulen, dass 481 Stunden von den Sonderpädagogikstunden, die den Schulen zugewiesen wurden, im aktuellen Schuljahr nicht mit SonderpädagogInnen besetzt sind – das sind 17,8 Stellen. Hinzu kommen noch die Bedarfe, die im nächsten Schuljahr entstehen durch

die neu zu besetzenden 5. Jahrgänge und die Lücken, die durch Schwangerschaften, Pensionierungen usw. entstehen.

Dem gegenüber stehen 19 KollegInnen, die in diesem Sommer mit der Weiterbildung »inklusive Pädagogik« fertig werden und dann den Schulen als SonderpädagogInnen zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund kann nur eindringlich appelliert werden, die Weiterbildung nicht mit dem jetzt beginnenden 3. Durchgang zu beenden, sondern auf jeden Fall weiterzuführen – zumal es für den 3. Durchgang über 50 Bewerbungen gibt!

Des Weiteren ist unserer Ansicht nach die Behörde in Sachen Personalplanung gefragt, denn es kann angesichts der knappen Ressource an ausgebildeten Sonderpädagogen eigentlich nicht angehen, dass Sonderpädagogen in allen möglichen anderen Funktionen eingesetzt werden.

Im SEK-I-Bereich gibt es bisher pro fünf zugewiesenen Inklusionskindern aus dem Bereich LSV 15 Stunden Sonderpädagogik. Diese Stunden werden dringend dafür benötigt, die SchülerInnen im Unterricht zu begleiten.

Häufig kommt es in den ersten Jahren in der SEK I noch zu Nachstatuierungen von SchülerInnen – hier wird in der Regel nicht nachgesteuert, das heißt, es gibt für diese SchülerInnen keine zusätzlichen Sonderpädagogikstunden.

Um den vielfältigen Anforderungen, die im Rahmen der inklusiven Beschulung an die KollegInnen gestellt werden, gerecht zu werden, ist allerdings noch eine ganz andere Ausstattung vonnöten:

Wir brauchen Stunden für Kooperation, nicht nur für die SonderpädagogInnen, sondern auch für die RegelschulkollegInnen. Es geht zum einen um konkrete Absprachen und Planungen für den Unterricht – der Aufwand ist in einer Inklusionsklasse ungleich höher als in einer Regelklasse.

Außerdem ist jede Schule auf sich gestellt, was die Konzeptionsentwicklung des inklusiven Unterrichts angeht – auch das braucht Zeit und muss entsprechend ausgestattet werden.

Das Problem der Vertretung stellt sich in gleicher Weise wie in den Grundschulen – Sonderpädagogen werden in der Regel nicht vertreten und sind ja auch nicht einfach zu ersetzen: im W&E-Bereich z.B. kann nicht irgendjemand aus dem Vertretungspool mal einfach so in die Klasse geschickt werden.

Ein weiteres großes Aufgabenfeld ist die Diagnostik – zum einen werden die Gutachten der nachstatuierten Kinder an den jeweiligen ZUPs geschrieben, zum anderen sind die ZUPs der Oberschulen aber auch zunehmend eingebunden in die Diagnostik in den Grundschulen bis hin zur Schuleingangsdiagnostik bei den W&E-Schülern. Die hierfür benötigte Zeit geht ebenso ab von den Förderstunden, die den SchülerInnen mit Förderbedarf zustehen.

Auch werden die Sonderpädagogen von den RegelschulkollegInnen in Anspruch genommen für Beratung – eine Entwicklung, die ja sehr positiv zu sehen ist. Wenn man dann aber zu einzelnen Kindern Aussagen

machen soll, muss man in der Regel erst einmal in die Klasse kommen, sich das Kind ansehen usw. – wieder alles Stunden, die von der Arbeit mit den zu fördernden Kindern abgehen. Weiter fehlt es an Sozialpädagogestunden, was dazu führt, dass die Klassenleitungen und SonderpädagogInnen der Inklusionsklassen vielfach auch noch in erhöhtem Maße sozialpädagogische Tätigkeiten übernehmen.

Eine weitere Aufgabe, die auf die ZUPs zugekommen ist, sind die SchülerInnen aus den Vorkursen. Auch hier besteht häufig ein großer Bedarf an sozialpädagogischer Kompetenz, da es viele außerschulische Probleme gibt. Es kommen aber auch auf alle, die mit diesen Kindern zu tun haben, völlig neue Herausforderungen zu, da es hierbei z.T. um schwer traumatisierte Kinder handelt. Viele VK-SchülerInnen haben zudem große schulische Rückstände – was macht man denn z.B. mit Neuntklässlern, die neu an die Schule kommen, aber noch nie eine Stunde Englischunterricht hatten? Wie soll man diese SchülerInnen zu einem Abschluss führen, wenn es neben den 20 Stunden Sprachunterricht keine weiteren Ressourcen gibt? Auch die 10 zusätzlichen Stunden, mit denen SchülerInnen in den Regelklassen unterstützt werden sollen, wenn sie den VK durchlaufen haben, sind bisher zwar versprochen, aber noch nicht in den Schulen angekommen.

Ein weiteres Ergebnis der Abfrage an den Oberschulen bezieht sich auf die räumliche Ausstattung: der überwiegende Teil der Oberschulen ist nur sehr unzureichend mit Differenzierungsräumen ausgestattet – das ist schon für die Arbeit in den heterogenen Gruppen der Oberschulen an sich nicht akzeptabel, in der inklusiven Beschulung jedoch noch viel weniger hinnehmbar.

Ein besonderes Problem in der Inklusion stellt die Beschulung eines Teils der SchülerInnen mit Förderbedarf im sozial-emotionalen Bereich dar. Für diese SchülerInnen gibt es bisher keine konzeptionelle Lösung.

Die vorgehaltenen schulersetzen Maßnahmen sind nicht ausreichend, der Verfahrensweg viel zu kompliziert und langwierig. Nötig wäre eine zeitnahe Notfallhilfe. Notwendig wäre aber auch, wenn sich von Seiten der Behörde einmal grundsätzlich Gedanken gemacht würde, wie eine Konzeption zur Beschulung dieser SchülerInnen im allgemeinen System denn aussehen könnte und was dafür nötig ist. Denn auch hier gilt, dass jede Schule auf sich gestellt ist, was die Entwicklung einer Konzeption zum Umgang mit diesen SchülerInnen angeht – und es geht hierbei nicht nur um die statuierten SchülerInnen, sondern auch in den »ganz normalen« Regelschulklassen gibt es z.T. enorme Probleme mit den nur schwer zu beschulenden SchülerInnen. Hier muss auch die Oberschulentwicklung in einem ganz anderen Maße unterstützt werden als dies bisher geschehen ist. Im Moment findet eine Abstimmung mit den Füßen statt – sehr viele Eltern möchten ihr Kind lieber an den Gymnasien sehen als an der Oberschule – das führt zu einer Entmischung der Oberschulen. Wir wollen nicht zurück zur alten Sekundarschule, aber im Moment sieht es danach aus, als wenn die Oberschule vor die Wand laufen könnte. Dabei besteht die Gefahr, dass die Inklusion dabei zum Sündenbock gemacht wird, die das System Oberschule zum Scheitern bringt – und wenn die Ressourcen in diesem Bereich nicht stimmen, kann es das System auch wirklich zum Kippen bringen.

In diesem Zusammenhang können wir nur noch einmal darauf hinweisen, dass es eigentlich nicht angehen kann, dass in dem Zwei-Säulen-Modell Oberschule und Gymnasium nur eine dieser beiden Säulen die wesentliche Aufgabe der Inklusion übernehmen soll – so schafft man nicht eine Zwei-Säulen, sondern eine Zwei-Klassengesellschaft innerhalb der Schullandschaft – und wer dabei verliert, das deutet sich schon jetzt dramatisch an.



Johanna Boomgarden



Christa Sprenger



Warum im Personalrat mitarbeiten?

M. Buschbaum und C. Krömer

■ Wir sind zwei Lehrerinnen aus der Primarstufe in Bremerhaven und möchten kurz darstellen, was uns bewogen hat, im Personalrat mitzuarbeiten: Als in unserer Schule Konflikte über die geltenden Präsenz- und Kooperationszeiten und über die Anrechnung von Mehrarbeit innerhalb von Projektwochen entstanden sind, haben wir uns, um Unterstützung bittend, an den Personalrat Schulen in Bremerhaven gewandt. Dort haben wir mehrere Beratungstermine wahrgenommen um uns die rechtlichen Grundlagen dieser Bestimmungen erklären zu lassen. Gegenüber unserer Schulleitung wurden wir durch diese Beratungstermine »sattelfester« und selbstsicherer in der Argumentation. Letztlich haben wir

erreicht, dass auch an unserer Schule die zurzeit geltenden Regeln zur Präsenz- und Kooperationszeit umgesetzt wurden. Das war ein toller Erfolg für unseren Einsatz. Leider mussten wir aber auch feststellen, dass die Schulleitungen, solange aus dem Kollegium keine Gegenstimmen kommen, so ziemlich alles als »geltendes Recht« verkaufen können. Es ist also sehr wichtig, sich im Schulalltag mit den Rechten und Pflichten auseinanderzusetzen um gegenüber der Schulleitung in den Entscheidungsgremien (Gesamtkonferenz/Schulkonferenz) sein Recht vertreten zu können.

Durch mehrere Beratungstermine kamen erste Kontakte zum damaligen PR-Vorsitz und auch zur GEW zustande. Wir wurden sowohl von der damaligen PR-Vorsitzenden als auch von der GEW angesprochen, ob wir an einem Seminar in Wremen teilnehmen möchten, in dem es um die Mitarbeit im Personalrat Schulen geht. Wir erfuhren während dieses Seminars in Wremen, wie sich die Personalratsarbeit im Alltag gestalten würde und was von Anfängern verlangt werden würde. Die erfahrenen Personalratsmitglieder informierten uns darüber, welche Aufgaben auf uns zukommen würden und welchen Ausgleich wir dafür erhalten würden. Wir entschieden uns für diese Arbeit, wurden gewählt und haben es bis heute nicht bereut.

Ganz im Gegenteil, wir sind froh dabei zu sein. Es macht einfach Spaß mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, die eine demokratische Struktur an Schulen erhalten und pflegen wollen. Ein großer Vorteil unserer Arbeit im Personalrat besteht darin, dass wir bezüglich unserer Schulstufe immer auf dem neuesten Stand der geltenden Dienstvereinbarungen oder Absprachen sind oder wissen, wo wir nachschauen können. Die bewusst gewählte Zusammensetzung des PR-Schulen (verschiedene Schulstufen/Lehrer/Lehrerinnen/Geschäftszimmerangestellte und andere Berufsgruppen) ermöglicht uns auch einen Einblick in die »heiklen Themen« der anderen Schulstufen und der anderen Professionen im Schulalltag.

Durch die Teilnahme an Fortbildungen zum Personalvertretungsgesetz wurden wir sicherer in der Wahrnehmung unserer Aufgaben. Für die Aufgaben im Personalrat erhalten wir Freistellungsstunden, die je nach dem Arbeitsumfang der einzelnen Mitglieder verteilt werden. Jedes GEW-Mitglied wird derzeit mit mindestens vier Unterrichtsstunden für die Tätigkeit im PR freigestellt. Wir empfinden es als Bereicherung, uns in diesen Stunden mit anderen Dingen als Unterricht oder Unterrichtsvorbereitung zu beschäftigen, da die Arbeit im PR uns auf eine ganz andere Weise fordert.

Lehrerbildung

Themenschwerpunkt in Heft 4/2014 der Zeitschrift »DDS – Die Deutsche Schule« Hrsg. von der GEW

Angesichts von 10 Jahren »Standards für die Lehrerbildung: Bildungswissenschaften« stellt Ewald Terhart Forschungsergebnisse zu Einschätzung und Auswirkungen der Standards vor.

Sylvia Schütze erinnert an einen Versuch vor 160 Jahren, die Lehrerbildung zu standardisieren, analysiert Auswirkungen und stellt ihn den »KMK-Standards für die Lehrerbildung« gegenüber.

Colin Cramer stellt für den »Dauerbrenner« Theorie-Praxis-Bezug in der Lehrerbildung empirische Befunde zu Praxisphasen sowie verschiedene Realisierungsformen vor.

Marie Drüge, Karin Schleider und Anne-Sophie Rosati untersuchen die Merkmale und Ausprägungen von psychosozialen Belastungen in der zweiten Ausbildungsphase.

Günther Wolfswinkler, Annemarie Fritz-Stratmann und Petra Scherer befassen sich mit der Herausforderung, Studierende auf ein »inklusive Schulsystem« vorzubereiten.

Martin Rothland und Sarah Katharina erörtern das Konzept des »Forschenden Lernens« in verlängerten Praxisphasen und die Herausforderung dieser Doppelrolle.

Die DDS kann sowohl online – auch einzelne Artikel – als auch gedruckt bezogen werden. Abstracts zu den Beiträgen sowie Bestellmöglichkeiten unter: www.dds-home.de.



Offener Brief

Protest gegen den Ausschluss von Martin Korol aus der GEW

■ Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, protestieren gegen den Beschluss der Landesschiedskommission, die dem einstimmigen Ausschlussantrag des Landesvorstandes gefolgt ist, den Kollegen Martin Korol aus der GEW auszuschließen. Viele von uns wissen, dass es Martin Korol liebt, zugespitzt zu formulieren, zu verallgemeinern und gegen den Strom allgemeiner Meinung zu schwimmen (siehe z.B. »Ich, ein Bremer Lehrer«, in: DIE ZEIT 1987/42). Mittlerweile äußert sich und agiert Martin Korol als Mitglied und Bürgerschaftsabgeordneter der »Bürger in Wut«, so dass er ausländerfeindlichen und rassistischen Ressentiments Vorschub leistet. Zudem vertritt er bildungspolitische Positionen, die den GEW-Positionen widersprechen (das aber machen auch andere GEW-Mitglieder, z.B. die, die der FDP oder der CDU angehören).

All das sollte die GEW veranlassen, die Debatte mit den allgemeinpolitischen, gesellschaftlichen und bildungspolitischen Auffassungen Martin Korols und der Partei »Bürger in Wut« zugespitzt zu führen; sie sollte unversöhnlich in der Sache und klar in der Ablehnung der Korolschen Positionen öffentlich argumentieren, jedoch nicht bürokratisch und mit Ausschluss reagieren. Das entspräche der Aufforderung des GEW-Gewerkschaftstages von 1989, nicht mit Unvereinbarkeit zu reagieren, sondern »sich mit den wachsenden Rechtstendenzen in der Gesellschaft auseinanderzusetzen« und »sich an der öffentlichen Auseinandersetzung über Ziele und Absichten rechtsextremer Parteien und Gruppierungen« zu beteiligen.

Das wäre gemäß dem Selbstverständnis der Bremer GEW »kein Zeichen der Schwäche, sondern unsere Stärke. Abweichende Meinungen [...] sind seit Jahren für die GEW charakteristisch.« (http://www.gew-hb.de/Wir_ueber_uns.html#Section144)

Wir haben schon einmal sowohl gegen Berufsverbote als auch gegen gewerkschaftliche Ausschlüsse ge-

kämpft. Auch damals fanden wir Verhalten, politische Ansichten und Äußerungen von einigen GEW-Mitgliedern falsch, ohne sie jedoch auszuschließen. Deshalb wenden wir uns heute gegen den Ausschluss des unbequemen Mitglieds Martin Korol.

Volker Arnold, Ingrid Berendt, Jörg Bismark, Hartmut Böhme, Marlene Bona, Dagmar Döldissen, Lutz Drowsowsky, Hilke Emig, Wolfgang Frauenkeron, Reinhard Gollub, Wilfried Grauert, Hanna und Jochen Grünwaldt, Charly Hellborn, Eberhard Holstermann, Christa Immel, Jürgen Jaracewski, Hildegard Koineke, Ute Kriebel-Lierse, Annegret Kutscha, Klaus Lierse, Ingrid Löwer, Wolfgang Löwer, Johanna Malchow, Helene Penjuk, Helga Rathjen, Günter Rohdenburg, Ursula Schwetlick, Ernst Steinhoff, Armin Stolle, Jochen Ströh, Ernst Thienken, Gaby Thienken, Heilke von der Ahe, Gabriele von Pappenheim, Ilse Werner, Hermann Wierichs, Helmut Zachau, Helga Ziegert.

Stellungnahme zum Offenen Brief

Der Offene Brief gegen den Ausschluss von Martin Korol wurde mir von verschiedenen Seiten mit der Bitte um Unterschrift vorgelegt. Ich habe ihn nicht unterschrieben, obgleich auch ich gegen den Ausschluss protestiere, weil ich dies für einen bürokratischen Akt halte, wo eine inhaltliche Auseinandersetzung angebracht wäre.

Die im Offenen Brief enthaltene Darstellung des Auftretens von Martin Korol beschönigt seine menschenverachtenden und ausgesprochen rassistischen Stellungnahmen gegenüber Sinti und Roma, gegenüber Frauen und vielen anderen Personengruppen und seine haarsträubenden bildungspolitischen Positionen, die diametral den GEW-Positionen gegenüber stehen.

Dies ist geeignet, die gewerkschaftliche Auseinandersetzung zum Schaden der GEW zu harmonisieren, anstatt sie zugespitzt zu führen.

Unversöhnlich in der Sache und klar in der Ablehnung der Korolschen Positionen öffentlich argumentieren, jedoch nicht bürokratisch und mit Ausschluss reagieren, das ist meine Haltung dazu.

Barbara Larisch

Ein Rassist und Frauenfeind?

Das Vorgehen der Bremer GEW gegen ihr langjähriges Mitglied Martin Korol entsetzt mich. Ich schließe mich den im Offenen Brief vorgetragenen Argumenten an, möchte aber ein paar Ergänzungen hinzufügen.

Ich kenne Martin Korol seit den 80er Jahren als Kollegen (vom Abendgymnasium), politischen Mitstreiter in der Gewerkschaft und Freund. Martin hat sich für die Förderung von unterprivilegierten jungen Erwachsenen am Abendgymnasium eingesetzt und war besonders unterstützend gegenüber Frauen mit häufig extremen familiären Belastungen neben der Schule (z.B. Alleinerziehenden). Ein ähnliches Engagement habe ich bei ihm während seiner Zeit im Auslandsschuldienst und nach seiner Rückkehr an seinen Arbeitsplätzen wahrgenommen. In seiner praktischen Arbeit war Martin ein »Bilderbuchgewerkschafter«, der durch persönlichen Einsatz manches SchülerInnenchicksal positiv beeinflusst hat. Für ihn war die Aufforderung Kants: »Habe Mut, dich deines Verstandes zu bedienen«, der prägende Motor für sein pädagogisches und politisches Handeln. Dies schloss gewollte Provokationen ein, die oft beim Gegenüber dazu führten, eigene Positionen genauer zu überdenken und zu klären. Ich möchte auf einzelne Äußerungen, die Martin Korol auf seiner Website veröffentlicht hat, inhaltlich nicht näher eingehen. Natürlich stimme ich nicht mit allem überein, aber seine Ausführungen waren als Denkanstöße gedacht, nicht als Dogmen! In der Ausschlussbegründung der GEW werden sie aus dem reflektorischen Gesamtzusammenhang des jeweiligen Essays gerissen. Martin Korol hat keine politische Plattform darstellen, sondern Diskussionsangebote unterbreiten wollen, so habe ich jedenfalls seine Website verstanden.

Ingrid Löwer

■ Die neuen Protestbewegungen sind in aller Munde. In der Bremer GEW gibt es eine Debatte aufgrund eines Ausschlussverfahrens gegen ein Mitglied, das sich im Sinne der aktuellen Protestler geäußert hat. Dabei geht es zum einen darum, wie das, was von den Protestlern gesagt wird, politisch einzuordnen ist und zum anderen, wie denn mit solchen Mitgliedern zukünftig umgegangen werden soll.

Sarrazin, AfD, Pegida und Co.

Jochen Ströh

Schon bei Sarrazin's Verlautbarungen hieß es vielfach zustimmend, dass endlich einmal ehrlich ausgesprochen würde, was gesagt werden müsse. Dass es darum ginge, auch mal heiße Eisen mutig anzusprechen und dass schließlich jeder sagen dürfe, was er/sie denke. Speziell in der GEW haben wir uns grundsätzlich gegen Gesinnungsschnüffelei und Berufsverbote eingesetzt und entsprechende Beschlüsse gefasst.

Bedrohungsängste und Unzufriedenheit

Meines Erachtens muss dieser Problemkomplex im gesellschaftlichen Zusammenhang diskutiert werden. Eines ist allen Protestlern gemeinsam, sie fürchten um ihre (nationale/kulturelle) Identität und wollen die Überfremdung Deutschlands verhindern.

Und in der Tat ist festzustellen, dass der anwachsende subjektive Protest aus einer tatsächlichen Bedrohung resultiert. Charlie Hebdo, die medial vermittelten Bilder der Kriege im Nahen und Mittleren Osten, in Afghanistan, im Irak, in Libyen, Syrien usw. sind so schockierend und unheimlich, dass sie Folgen für die eigene Unversehrtheit fürchten lassen – zu Recht. Hinzu kommen die Bedrohungsängste vor den Folgen der »Migrantenflut«, vor allem aber vor einer sozial ungewissen Gegenwart und Zukunft, die weithin durch die Agenda 2010 geprägt ist. Mit Hartz IV ist die Bundesrepublik

in eine Gesellschaft des Abstiegs, der Prekarisierung und Polarisierung zwischen Arm und Reich verwandelt worden (vgl. WK vom 20.2.15). Der soziale Status vieler Menschen ist real bedroht, soziale Unsicherheit, gesellschaftliche Verrohung und Konkurrenz in der Arbeitswelt nehmen zu. Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Verhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung immer weniger durchschaubar.

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung überrascht es nicht, dass das politische System der BRD mit seiner viele Jahrzehnte stabilen Parteienlandschaft seit geraumer Zeit von einer Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise erfasst wird. Immer mehr Menschen, oft sogar die Mehrheit, misstrauen grundsätzlich den herrschenden politischen Eliten, den Leitmedien sowie den etablierten Parteien und nehmen an den Wahlen nicht mehr teil. Mitgliederstärke und Bindungskraft der bestehenden Parteien schwinden dahin. Es existiert faktisch ein neoliberales »Einparteiensystem« als »rotierendes Elitekartell« (Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung). Zu einem wesentlichen Motiv der Stimmabgabe wird der Protest. Das ist inzwischen eine europaweite Tendenz. In den meisten Ländern sind zumeist rechtspopulistische, nationalistische und faschistische Parteien im Aufwind, die die Ängste und Unzufriedenheit nach rechts kanalisieren. Dokumentiert ist damit ein Legitimitätsverlust bestehender Herrschaft. Die deutlichste Botschaft lautet: »Ihr lasst uns im Stich«.

Extremismus der Mitte

Merkmal ist die Mobilisierung unter Losungen, die fremdenfeindlich und deutschtümelnd sind, aber auch an berechtigter Kritik am politischen System und an den Leitmedien anknüpfen. Der Erfolg der Neuen Rechten hat seine Ursachen in der Tatsache, dass sie auf Anschauungen, Wertvorstellungen und ideologische Versatzstücke zurückgreift, die im Mainstream der Gesellschaft ohnehin latent vorhanden sind. Es handelt sich um eine Mittelschichtenideologie, deren Ausformung maßgeblich von der neoliberalen Ideologie der vergangenen drei Jahrzehnte geprägt

wurde und in Reaktion auf die Krisendynamik lediglich zugespitzt und ins weltanschauliche Extrem getrieben wird.

Kult der Konkurrenz

An erster Stelle steht das entfesselte Konkurrenzdenken, das inzwischen nahezu alle Gesellschaftsbereiche erfasst hat. Der Neoliberalismus hat die Konkurrenzprinzipien bewusst auch innerhalb der Lohnabhängigen gefördert, um hierdurch das Solidaritätsprinzip auszuhöhlen und Gegenwehr zu minimieren. Hinzu kommen breit propagierte Praktiken individueller »Selbstoptimierung«, mit denen Lohnabhängige auf den individuellen Konkurrenzkampf am Arbeitsplatz getrimmt werden. Neben zunehmender Konkurrenz auf betrieblicher und individueller Ebene etablierte sich noch das »Standortdenken«, bei dem die Länder zu bloßen »Wirtschaftsstandorten« verkommen, die in allseitiger Konkurrenz zueinander stehen. Diesem Grundsatz der kapitalistischen Wirtschaftsweise verleihen rechte Ideologen einen »höheren«, zeitlosen Sinn, indem die Konkurrenz zu einem ewigen Prinzip menschlichen Zusammenlebens stilisiert wird. Hier kommen dann sozialdarwinistische Vorstellungen vom »survival of the fittest« und dem ewigen Konkurrenz- und Überlebenskampf zwischen unterschiedlichen Rassen bzw. Kulturen zum Ausdruck. In der deutschen Öffentlichkeit erfuhr der Konkurrenzgedanke im Gefolge der Sarrazin-Debatte (2010) eine biologisch aufgeladene Zuspitzung. Nicht der Abbau des Sozialstaates habe zum Aufkommen einer Unterschicht und zu den sozialen Erosionsprozessen in der BRD beigetragen, sondern dessen zunehmender Missbrauch. Der zuerst nach innen fokussierte ideologische Blick wurde im weiteren Verlauf der europäischen Krise auch nach außen gerichtet. Nun wurden kulturell bedingte Mängel und Unzulänglichkeiten in der Bevölkerung Südeuropas festgestellt, um den Krisenverlauf zu erklären und die harsche deutsche Austeritätspolitik in Europa zu legitimieren. Die Südeuropäer galten plötzlich aufgrund ihrer »kulturellen Prägung« als faul, verschwendungssüch-

tig und korrupt. Das Scheitern in der Konkurrenz ist laut dem Neoliberalismus nicht Ausdruck zunehmender objektiver Widersprüche und Verwerfungen im Kapitalismus, sondern Ausdruck der subjektiven Minderwertigkeit der betroffenen Personen: Du bist schuld, wenn du scheiterst. Dies ist sozusagen das Mantra des Neoliberalismus. Die Neue Rechte spitzt diese Ideologie konsequent zu und erweitert sie: Die (rassistische oder kulturelle) »Minderwertigkeit« wird nicht nur beim individuellen Scheitern konstatiert, sondern auch beim scheinbaren kollektiven Scheitern einer Nation im Standortwettbewerb (z.B. Griechenland, Spanien, Italien). Merke: »Wir sind eben doch die Besten«. Die Welt soll wieder an deutschem Wesen genesen!

Totalitärer Ökonomismus

Eine zentrale Rolle in der Programmatik und Rhetorik der Neuen Rechten spielen ökonomische Begriffe und Kategorien. Darin spiegelt sich die nahezu totale Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die betriebswirtschaftliche Logik, die vom Neoliberalismus nicht nur durch die Privatisierungskampagnen, sondern auch durch die Zurichtung vieler dezidiert nicht-ökonomischer Sphären wie Gesundheit, Bildung, Forschung und Kultur entlang der Wirtschaftsinteressen forciert wird. Die rechtsextreme Vorstellung einer rassistisch reinen »Volksgemeinschaft«, wie sie der deutsche Faschismus prägte, weicht nun der Wahrnehmung der Nation als »Leistungsgemeinschaft«, in der prinzipiell alle Leistungswilligen willkommen seien – bei gleichzeitigem Ausschluss der ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Die kulturelle oder rassistische Hierarchisierung von Nationen und Minderheiten wird bei diesen ökonomisch grundierten Ressentiments gerade aus ihrer wirtschaftlichen Stellung in der Weltwirtschaft oder in der betreffenden Volkswirtschaft abgeleitet. Dieses Andocken des Rechtspopulismus an den neoliberalen Standortdiskurs – bei dem das Standortdenken mit kulturalistischen oder rassistischen Ressentiments angereichert wird – äußert sich aber auch in einer verstärkten Hetze

gegen alle Menschen im In- und Ausland, die als »unnütze« Kostenfaktoren wahrgenommen werden.

TINA-There is no Alternative

Eine große Parallele zwischen Neoliberalismus und neuem Rechtspopulismus formulierte schon Margaret Thatcher bei der neoliberalen Transformation Großbritanniens in den 1980ern: »There is no alternative.« Es gäbe keine Alternative zu dem Sozialkollaps und den Privatisierungen; die Individuen («there is no such thing as society») haben sich in das Notwendige zu fügen und das Beste daraus zu machen. Auch im deutschsprachigen Raum kam dieses Wort von der »Alternativlosigkeit« (Schröder) in den Diskurs und zusätzlich noch das Wortungeheuer vom ökonomischen »Sachzwang«. Es sind also Zwänge, die angeblich von Sachen ausgeübt werden, denen wir uns alle zu beugen hätten. Besser ist die Marxsche These von der Verdinglichung/Entfremdung der menschlichen Beziehungen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht zu dokumentieren. Damit hebt der Neoliberalismus die – menschengemachte – Sphäre der Ökonomie in den Rang eines Naturgesetzes. Folge: Wer will sich schon gegen Naturgesetze auflehnen? Der Rechtspopulismus braucht somit nur noch die Strategien zur Adaption der Krisenfolgen auszubrüten, die auf Kosten der Schwächeren realisiert werden sollen – die ja in dieser Ideologie längst zu den Krisenverursachern gestempelt wurden. Das Verschwinden der politischen Gestaltungsspielräume, das der Neoliberalismus verursachte, wird so vom Rechtspopulismus vollendet. Mit dieser blinden Unterordnung unter die Grundprinzipien einer krisengeschüttelten Ökonomie werden aber autoritäre Tendenzen entscheidend gestärkt und die bürgerliche Demokratie vollends ausgehöhlt. Am Beispiel Griechenland wurde deutlich, dass Wahlen anscheinend völlig überflüssig geworden sind.

Kapitalistische Rentabilität und Rassismus

Alle rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien weisen einen tatsächlich gegebenen materiellen

Kern auf: sie folgen einem Kosten-Nutzen-Kalkül, das auf der Verinnerlichung kapitalistischer Rentabilitätskriterien beruht und insbesondere in Krisenzeiten an Anziehungskraft gewinnt. Die Marginalisierung und Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, die von der Rechten unterschiedlichster Couleur propagiert wird, soll mit handfesten materiellen Vorteilen für die Mehrheitsbevölkerung einhergehen. Motto: Ohne die zu Feindbildern aufgebauten Minderheiten würden die schwindenden finanziellen Mittel für die als »Leistungsgemeinschaft« halluzinierte Mehrheitsbevölkerung schon reichen. Die Rechte avanciert dadurch zum politischen Exekutor der wirtschaftlichen Krisendynamik, die ja tatsächlich immer größere Massen an wirtschaftlich »überflüssigen« Menschen produziert.

Aggressionsverschiebung

Die tatsächlichen Verursacher der krisenhaften ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich die kapitalistische Produktionsweise, die wirtschaftlich Mächtigen und die politischen Eliten, werden aus dem Bewusstsein verdrängt. Herbert Schui nennt das die große Aggressionsverschiebung (www.hintergrund.de). Das neoliberale Herrschaftssystem fördert mit allen Mitteln die Orientierung auf ein schwächeres Ersatzobjekt, das es zu bekämpfen gelte. Dieses Objekt sind bei Sarrazin, dessen Epigonen und Pegida-Demonstranten vorwiegend Flüchtlinge, Asylsuchende und Ausländer sowie die gegenüber dieser »Gefahr« angeblich untätigen Politiker. Eine »antiaufklärerische Aggression greift Platz« (Byung-Chul Han in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18.1.15) Für die regierenden Parteien sind die Pegida-Demonstranten eine bequeme Opposition, denn die eigentlichen Fragen werden von ihnen nicht gestellt (Ingo Schulze, Süddeutsche Zeitung 27.1.15) Das Gefährliche ist, dass dadurch politisch zu Recht Unzufriedene, die sich aktiv betätigen wollen, gegen ihre eigenen Interessen instrumentalisiert werden. Die da oben fühlen sich dann sicher, wenn sich die Unzufriedenheit nach unten richtet und die Gesellschaft ihr sozi-

ales Korrektiv, die Solidarität, einbüßt.

Aufklärung und Alternative

Wer über Pegida spricht, muss sich klar darüber sein, dass es in der deutschen Geschichte, konkret in der Weimarer Republik, schon einmal eine Situation gab, da der gesellschaftliche und politische Protest als Massenbewegung von ganz rechts organisiert wurde. Die damalige Unfähigkeit der Arbeiterbewegung ein überzeugendes Projekt einer politischen Alternative von links zu entwickeln, trug ganz wesentlich dazu bei, dass die kleinbürgerlich denkenden Teile der abhängig Arbeitenden den Nazis folgten und so als Massenbasis zur Übertragung der politischen Macht an die NSDAP beitrugen. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth fasste in dem Gesprächsband »Ein Leben in der Arbeiterbewegung« (1976) die Überlegungen des Theoretikers August Thalheimer zur Strategie des Antifaschismus dahingehend zusammen, dass angesichts solcher Massenbewegungen von Teilen der abhängig Beschäftigten, die in ihrer Verzweiflung/Verirrung dazu neigen, zu den

Faschisten überzulaufen, alles davon abhängt, dass »die Arbeiterklasse sich zu einer wirkungsvollen Alternative gegen die monopolkapitalistische Herrschaft entwickelt.« Aktuell heißt das: Nur eine überzeugende und tragfähige politische Kraft, die das neoliberale Wirtschaftssystem und dabei die Verteilungs- und Eigentumsverhältnisse in Frage stellt und eine Massenunterstützung für eine linke politische Alternative zu mobilisieren vermag, kann rechten und faschistischen Bewegungen den Boden entziehen. Der Wahlerfolg von Syriza illustriert die Richtigkeit dieser historischen Erfahrung. Der Erfolg und das Konzept der griechischen Linken sind von allgemeiner Bedeutung für die Strategie gegen neofaschistische und rassistische Parteien und Bewegungen. Kern einer erfolgreichen antifaschistischen Strategie muss eine konsequente Oppositionspolitik sein, die eine tragfähige Alternative zur neoliberalen Politik vertritt. Vieles wird im Kampf gegen Rechtspopulismus und Faschismus nicht nur in Griechenland davon abhängen, ob eine derartige Alternative dort nun auch praktisch politisch durchgesetzt werden kann. In der

BRD ist es zunächst eine wichtige Aufgabe einerseits Syriza zu unterstützen, andererseits den ansprechbaren Teil der Pegida-Bewegung (insbesondere, wenn er sich innerhalb der Gewerkschaft befindet), der die politischen Verhältnisse nur verzerrt wahrnimmt, mit dem tatsächlichen Gegner zu konfrontieren. Insofern ist auch die Forderung nach konkreter Auseinandersetzung völlig richtig. Wir dürfen keine Angst haben, mit Menschen in Kontakt zu treten, die bisher keine klar linken und teils widersprüchliche bis schräge Auffassungen haben.

Solange es nicht gelingt, die latenten Proteststimmungen als gesellschaftliche Kraft für progressive politische und gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen, wächst vermutlich in der nächsten Etappe der neoliberalen Transformation von Staat und Gesellschaft das Potential für ähnliche Bewegungen von rechts. Eine Politik, die auf sozialen Zusammenhalt, auf mehr Gleichheit und Gerechtigkeit sowie soziale Sicherheit setzt, ist die beste Prävention gegen Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Im Umkehrschluss verlangt der Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung eine ausdrücklich politische Polarisierung gegen die Profiteure der neoliberalen Politik und ihre Handlanger. Das setzt die Bereitschaft voraus, gegen sehr mächtige Gegner in die Auseinandersetzungen zu gehen. Dazu müssen wir uns auf klare politische Botschaften verständigen.



Klassenfahrten

Ostfriesland - Nordsee - Inseln

5 Tage Halbpension ab 99,00 €

Aktive Programme für alle Altersstufen: Wattwandern, Surfen, Kanu- und Fahrradtouren, Piratenwoche, Meyer Werft, VW, Inseln, Klettern, Skaten, Seehundstation, Aktionstag Moor

Sie buchen - wir organisieren alles Weitere!

Jugendwerk Brookmerland

Tel 0 49 34-80 42 57 Fax 0 49 34-78 27

www.klassenfahrt-nordsee.de info@klassenfahrt-nordsee.de

Fortsetzung von Seite 2/Zeitlupe

ihrem Engagement? Haben sie auch nach den Seminaren ein vertrauensvolles Netzwerk? Für uns Projektverantwortliche bleibt die Frage: wieviel und WAS alles soll »pädagogisch moderiert« werden und wieviel Raum darf sein für Emotionen. Wo sind die Grenzen zwischen Seminarmoderation und psychologischer Intervention bzw. Konfliktintervention? Jede Begegnung muss aufs Neue kon-

zipiert und entwickelt werden. Wir im LidiceHaus werden uns auch weiterhin dem komplizierten »Dreiecksverhältnis« stellen.

Im September wird es ein nächstes Seminar im LidiceHaus mit jüdischen und palästinensischen StudentInnen aus Haifa geben: dafür suchen wir noch interessierte StudentInnen aus Bremen.

»Unsere Pflicht ist es, vergangene Fehler in Frage zu stellen und eine heile Zukunft anzustreben. Es geht darum, den Kreislauf der Gewalt zu

durchbrechen, in dem man wekommt von der Einstellung »Wer den Frieden wünscht, bereitet sich auf den Krieg vor« hin zu der Haltung »Wer den Frieden wünscht, bereitet den Frieden vor«.

Wahrer Friede begegnet uns, wenn er Teil unserer Träume und unserer Wirklichkeit wird – wenn wir uns darauf vorbereiten« (Dan BarOn und Saliba Sarsar über den Holocaust und die Nakba / 2006).

LidiceHaus: klasing@lidicehaus.de



Neuauftritt der Reihe

Duden Leseprofi

Erste Klassenstufe:

- Die geheimnisvolle Schatzkarte
- Total verrückt nach Fußball
- Ein Fohlen kommt zur Welt
- Der Zoo der sprechenden Tiere

Zweite Klassenstufe:

- Voll verknallt in Lilli
- Spuk auf Burg Finsterfeld
- Ella und die Coole von der Schule
- Drachenjagd für Anfänger

Frankfurt 2015, je Band 7,99 €

Neue Bücher im

Cornelsen-Schulverlag

- 99 Tipps: Referendare begleiten und ausbilden
SEK I und II
- Mehr Gelassenheit und Achtsamkeit im Schulalltag
Alle Schulformen
- Unterrichtsentwicklung
Alle Schulformen (mit CD-ROM mit über 40 Arbeitshilfen)
- Schule leiten von A bis Z – Delegieren
Alle Schulformen
(alle Vorlagen auch online)
- Experten helfen Referendaren:
Schüler und Eltern beraten
SEK I und II
(Als E-Book auf scook.de)
- Erfolgreiche Gesprächsführung in der Schule

Buchtipps Mai/Juni

Zusammengestellt von Ingrid Emmenecker

Grenzen ziehen, Konflikte lösen, beraten
Alle Schulformen (Als E-Book auf scook.de)

Mit sicherem Tritt und Griff neuen Halt gewinnen



Anne-Claire Kowald/
Alexis Zajetz
**Therapeutisches
Klettern
Anwendungsfelder
in Psychotherapie
und Pädagogik**

Schattauer-Verlag, Stuttgart 2015, 39,99€
Klettern begeistert und schult viele Fähigkeiten. Auch im therapeutischen und pädagogischen Bereich wird die positive Wirkung zunehmend genutzt. Stück für Stück können neue Ziele gesetzt und so gedankliche Barrieren überwunden werden. Über konkrete Aufgabenstellungen an der Kletterwand werden Selbstvertrauen und Körperbewusstsein gefördert, Ängste überwunden sowie Teamfähigkeit geschult. Das Buch bietet Praxiswissen für Therapeuten (Anwendungsfelder des Kletterns in Kliniken, Kletterhallen und in freier Praxis), Begeisterung für Alle (Spiele und Übungen für den pädagogischen und therapeutischen Ansatz) und Modelle und Konzepte für individuelle Bedürfnisse (Erlebnisqualitäten und Wirkfaktoren des Kletterns).

Em.

Der Optimierungswahn macht die Kinder krank



Beate Frenkel /
Astrid Randerath
**Die Kinderkrankmacher.
Zwischen Leistungs-
druck und Perfektion
Das Geschäft mit**

unseren Kindern

Herder-Verlag, Freiburg 2015, 19,99€
Früher wurden Kinder mit dem Rohrstock gedrillt, heute sollen Psychopharmaka helfen, dass auch die Kleinsten funktionieren. In unserer Wettbewerbsgesellschaft, in der die Angst vor dem sozialen Abstieg umgeht, wird Kindheit zum unliebsamen Symptom, das regelrecht bekämpft wird. Zu verträumt? Zu schwächig? Zu zappelig? Nicht leistungsstark genug? Die Medizin soll es richten. Nach dem Boom der ADHS-Medikamente werden jetzt neue Diagnosen gestellt, neue Medikamente verschrieben. Medikamente, die meist nicht für Kinder entwickelt wurden und oft schwere Nebenwirkungen haben. Ein Milliardenbusiness für die Pharmaindustrie! Die Autorinnen arbeiten als investigative Journalistinnen, sie haben mit Wissenschaftlern gesprochen, die seit Jahren die krankmachende Wirkung auf Kinder beobachten und davor eindringlich warnen. Sie sprachen mit Eltern, die sich um ihre Kinder sorgen, mit Lehrern, die die Angst vor dem Unterricht haben, mit Ärzten, die von der Pharmaindustrie umworben werden und mit Pharmainsidern, die ihre Tricks verraten.

Em.

Siegfried Kiontke:

Tatort Zelle

Wie Elektromog-Attacken unseren Organismus bedrohen,
VITATEC Verlagsgesellschaft 2014.
Der Autor hat Physik mit dem Nebenfach Chemie studiert. Seit Jahrzehnten befasst er sich mit der Wechselwirkung von elektromagnetischen Feldern und physiologischen Vorgängen. Er hat auch Therapie- und Behandlungsgeräte entwickelt.

Vorbemerkung:

Viele sehen die Gesellschaft erst am Beginn der Digitalisierung. In Bremer Seniorenresidenzen werden Menschen an Tablets geschult; Smartphones sollen in das Schulleben integriert werden (siehe Verlage auf der Didaktika) – mit der Begründung, dass eben diese Geräte bei vielen Schülern im Alltagsleben bereits eine große Rolle spielen. Medienkompetenz wird von wichtigen Institutionen im Kontakt mit Schulen vermittelt.

Dabei spielen wichtige Aspekte (Mobbing, Sucht, Abzocke) eine Rolle. Andere wichtige Aspekte (Gesundheit) fallen raus. Warum? Begriffe wie Elektromog und Elektrosensibilität sind in der Bevölkerung nicht unbekannt. An Verständnis und Vorsorgeverhalten fehlt es jedoch weitgehend. Diesen Mangel nur der Lobby anzulasten, greift zu kurz. Die komplexen Themen umfassen Bereiche wie Elektrik, Technik, Biologie, Medizin. Unsere Fachleute sind hochspezialisiert. Die Schulbiologie und die praktizierte Medizin ist in der Regel nicht tiefer eingedrungen als bis zur Biochemie der Zelle. Biophysik dient gerademal dazu, Aktionspotenziale zu erklären. Das Buch »Tatort Zelle« hat in dieser Situation eine wichtige integrierende Funktion.

Das Buch stellt nicht nur die biologischen und chemischen Aufgaben und Funktionen von Zellen und ihren Bestandteilen dar, sondern geht auf ihre natürlichen elektrischen und magnetischen Eigenschaften ein. Es

informiert über die natürliche und künstliche Umgebungsstrahlung, über die Auswirkungen von Niederfrequenz und Hochfrequenz, über Studien zu Effekten bei Mensch und Tier, über die gesellschaftliche Diskussion zum Thema Elektromog und über Maßnahmen und Therapien. Index und Glossar dienen der Orientierung im Buch. Das Literaturverzeichnis gibt die Quellen an. Die bildreiche Darstellung macht die schwierigen Themen anschaulich. Begriffe werden sauber definiert.

Viele dieser Teilthemen kann man auch andernorts nachlesen. Der besondere Wert dieses Buches ist, dass der physikalische Blick ein vertieftes Zellverständnis ermöglicht. Es handelt sich um eine Brücke zwischen Biologie und Physik. Endlich ein Buch der Elektrobiologie, das besonders auch den Schulen zu empfehlen ist. Nach der Lektüre der anschaulichen Darstellungen versteht man besser, was künstliche Felder und Strahlung in Zellen bewirken können.

Heide Roaten



Die deutsche Bildungspolitik glänzt durch Kurzatmigkeit und Reformeifer



Jürgen Kaube
**Im Reformhaus
Zur Krise des Bildungssystems** zu Klampen-Verlag, Springe 2015, 18€
(auch als E-Book erhältlich)

Kaum ein Jahr vergeht, ohne dass die Kultusministerien umfangreiche Richtlinien und Erlasse verabschieden und deren prompte Umsetzung einklagen. Gleichbehandlung ist das Zauberwort, die Folgen ihrer Verwirklichung bleiben unreflektiert. Mittlerweile wird das Abitur als Instrument der sozialen Chancenverteilung betrachtet. Damit gerät die Schule unter enormen Erwartungsdruck. Geistlose Interpretationen von Statistiken und internationalen Vergleichen sind ein Indiz für die Orientierungslosigkeit hiesiger Bildungspolitik. Der Autor (Nachfolger von Frank Schirrmacher bei der FAZ) ist überzeugt: »Die Bildungskrise liegt nicht darin, dass uns oben ein paar Pisa-Punkte fehlen, sondern dass uns unten eine Bevölkerung entsteht, die zu elementarer Selbständigkeit der Lebensführung nicht mehr in der Lage ist. Und sie liegt darin, Bildung als etwas Leichtes, mittels didaktischer Tricks und Prüfungen, durch die man nicht fallen kann, leicht zu Erwerbendes hinzustellen.« Em.

Lernschwächen:



G. Schulte-Körne (Hg.):
**Legasthenie und
Dyskalkulie –
Neue Methoden
zur Diagnostik und
Förderung**

Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 2014,
24,95€ €

Bei der Legasthenie dürfte es sich um eine allseits bekannte Lernschwäche handeln, während sich der Begriff der Dyskalkulie noch seinen Weg ins öffentliche Bewusstsein bahnt. Dieses (Miss-)Verhältnis spiegelt auch der vorliegende Band wider: Nur drei Aufsätze zur Rechenschwäche stehen immerhin 13 Beiträge zur Lese-Rechtschreib-Schwäche gegenüber. Dabei wartet gleich der erste Aufsatz zur Dyskalkulie, verfasst von J. H. Lorenz, mit einer provokanten Frage auf: »Sind die Kinder rechenschwach oder der Unterricht?« Die relativ vielen Aufsätze zur LRS machen ungewollt ein anderes Problem deutlich: Lehrer, i.d.R. interessierte Laien, sehen sich mit einer verwirrenden Vielzahl von Diagnose- und Förderansätzen konfrontiert. Zwei Beiträge seien daher exemplarisch hervorgehoben: U. Findeisen arbeitet überzeugend

die Bedeutung der Silbe für das Lesen heraus und zieht überraschende Folgerungen für die Lesediagnostik und -didaktik. Insbesondere Lehrkräfte der Primarstufe könnten davon profitieren. Gymnasiallehrern hingegen sei der Aufsatz von A. Geist empfohlen: Der Autor, Lehrer und Schulpsychologe, skizziert das Förderkonzept seines Gymnasiums und stellt seine sehr durchdachten, als »Erdinger Rechtschreibtraining (ERT)« online erhältlichen Materialien vor – da es für diese Schulform kaum Maßgeschneidertes gibt, eine eindeutige Bereicherung. Sönke Landt

Wunderwelt der Wörter:



Kristin Kopf
Das kleine Etymologicum – Eine Entdeckungsreise durch die deutsche Sprache
Klett-Cotta, Stuttgart 2014,
19,95 €

Das Adjektiv geil hat in den letzten Jahrzehnten eine steile Karriere gemacht: vom vulgären, moralisch anstößigen Wort, das sexuelle Erregtheit bezeichnet, zum allseits beliebten, wenn auch umgangssprachlichen Ausdruck der Begeisterung, wobei die alte Bedeutung nicht untergegangen ist. Aber was heißt hier alt? K. Kopf verfolgt die Geschichte des Adjektivs bis zurück ins (fiktive) Indogermanische, wo es als *ghoilos – moralisch wiederum völlig harmlos und mitnichten vulgär – »übermütig, lustig« bedeutete. Wie aber erklären sich Änderungen der Bedeutung oder der Lautung? Wie lässt sich eine Ursprache der indoeuropäischen Sprachfamilie rekonstruieren, für die es keine Belege gibt? Wie haben sich verschiedene Sprachen gegenseitig befruchtet? Die Beantwortung dieser Fragen erweist sich als ebenso lehrreich wie unterhaltsam: Der Leser lernt an prägnanten Beispielen viel, etwa über die beiden germanischen Lautverschiebungen, über das Vokaltrapez des Deutschen, über Euphemismen, Metaphern und Metonyme und über den Zusammenhang von Kausativa und Umlautbildungen, um nur einiges zu nennen. Dabei gelingt es der Autorin wie nebenbei, die komplexe linguistische Begrifflichkeit einfach und anschaulich zu erklären. S. Landt



Fritz Starke
**Der Schulrat im Busch
Schulgeschichten aus
Bremen**
Isensee-Verlag, Oldenburg
2006, 16,80€

Die Schulgeschichten aus Bremen, diesem sympathischen Stadtstaat an der Weser, spielen sich ab im Zeitraum von 1972 bis

2005. Sie greifen oft scheinbar nebensächliche Ereignisse auf, an denen Grundsätzliches deutlich wird. Die teils heiteren, teils ein wenig garstigen Geschichten lassen hinter die Kulissen des Schulbetriebs blicken. Liebenswertes wird aufgeblättert, aber auch Böses, das nicht nötig war und meist nur geschah, weil guter Wille fehlte. Die Schulgeschichten sind zugleich ein Stück Zeitgeschichte. Insofern ist Fritz Starke Buch durchaus eine Bremensie, eine der etwas anderen Art. Fritz Starke ist inzwischen verstorben. Wilfried Meyer



DGUV

Lernen und Gesundheit

Neue, kostenfreie Unterrichtsmaterialien für die Grundschule: Meine Sinne, hör hin für die SEK I: Stark im Team für Berufsbildende Schulen: Arbeitsmedizinische Vorsorge und Azubi-Knigge dguv-lug.de/presse

Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg

Warnung vor Risiken des Soldatenberufes Schülerinformationsblatt und Lehrerinformationsblatt unter www.ippnw.de abrufbar.

Schulaktion 2015 zum Thema »Menschen-Human-Rights«

www.gemeinsam-fuerafrika.de/schulkampagne/wettbewerb

Reisebericht Griechenland 2014

Gewerkschaftsgruppe:
Manfred.Klinge@t-online.de

Solidarität mit der Bevölkerung Griechenlands

Neue Zeitung »Fakten Hellas«
<http://faktencheckhellas.net.org>

Kriege im 21. Jahrhundert

Neue Herausforderungen der Friedensbewegung. Taschenbuchformat mit Beiträgen der Antikriegskonferenz 2014 in Berlin info@sonnenbergverlag.de

Stolpersteine in Bremen

Biografische Spurensuche

Mitte: Altstadt – Bahnhofsvorstadt

Der 2. Band ist da! Dem Buch liegt ein Stadtplan mit eingezeichneten Verlegenorten für eine persönliche Spurensuche bei. Über ein Nummernsystem sind die jeweiligen Porträts im Buch auffindbar und ermöglichen vor Ort, sich den historischen Hintergrund zu erschließen. [sujet-verlag](http://sujet-verlag.de), Bremen 2015, 16,80 €



Lautes Denken

■ Die Wahlen zur Bürgerschaft sind gelaufen. Schlecht für die Regierung und das zu Recht. Ganz sicher bleibt: Das für die Bildung zur Verfügung stehende Geld reicht hinten und vorn an den Schulen nicht. Das hat Quante-Brandt schön zu reden versucht. Noch ist nicht klar, wer in welchem Ressort weiter sparen soll. Wir wissen aber: Wer im Schnitt seine Vertretungsstunden immer voll ausschöpfen muss, weiß, dass Lehrkräfte fehlen und die Löcher ständig

nur gestopft werden. Und natürlich ist Betreuung oder Aufsicht über »selbständiges Lernen« kein Unterricht. Für die Zukunft höre ich die Musik schon klingen: Je individualisierter, je selbständiger, desto weniger ist die Lehrkraft nötig. Dieses gepaart mit neuem Plattformlernen macht uns nahezu überflüssig. Jubel! Und für reine Aufsicht muss ich bald auch nicht mehr das Lehrergehalt bekommen. Kann sogar zwei Gruppen gleichzeitig versorgen. Die Schuldenbremse wird es zeigen, es gibt immer weniger Ressourcen, aber mehr Worte der Verschleierung. Nach den Wahlen kommt wie immer das Zahlen! Und trotzdem wird das Geld weiterhin verpulvert, z.B. in eine nichtsnutze Qualitätsabteilung, die ihre Existenzberechtigung erst einmal nachweisen müsste. Oder der Hammer:

Da wird tatsächlich echtes Geld vom

BfBF für solche Vorhaben wie »Metakognitiv fundiertes Lernen«, kurz: »Denken über Denken« ausgegeben! Die »Wissenschaftler« nennen diesen Vorgang eine Erhöhung des Lernerfolgs und Optimierung der Problemlösung. Und dieses wiederum wird unterstützt durch »Lautes Denken«! Jaaaa! »Die Umsetzung von Denkprozessen in Sprache! Und so weiter und so schwachsinnig und so leer und so überflüssig. Aber gut bezahlt. Und wer erhält das schöne Geld aus Steuern? Herr Prof. Dr. Kaiser und vermutlich seine Frau, Ruth Kaiser von der Universität der Bundeswehr München, Förderkennzeichen W137200. Echt wahr, was so alles neben Pannen-G36 und nicht fliegenden Hubschraubern auch geistig daneben geht! Hoch mit dem Wehretat, es leben die tollsten Projekte, runter mit der Bildung! Für ein vollständiges Birnenvakuum!

Wilfried Meyer



Leserbriefe

»Die lahmegelegte Bundesrepublik« (BLZ 1-2/2015)

■ Ich wundere mich schon sehr, dass ausgerechnet in einer DGB-Gewerkschaftszeitung Solidarität mit einer DBB-Gewerkschaft geübt wird und der Autor dabei wesentliche Aspekte überzogen darstellen kann, die in keinsten Weise so dramatisch sind, wie er sie darstellt.

Zunächst einmal die Fakten:

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer vertritt nur etwa fünf Prozent der Zugbegleiter, Wagenmeister und Servicekräfte im Bahnkonzern. Die dem DGB angehörende Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft ungefähr 60 Prozent. Der Rest ist unorganisiert. Trotzdem will die Lokführergewerkschaft allein für alle dortigen beschäftigten Tarifverhandlungen führen – also auch für die Mitglieder der DGB-Gewerkschaft EVG. Das ist irrational. Und nur aus diesem Grund streiken die Lokführer und betiteln das Ganze mit dem Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und dem Recht für ihre Mitglieder Tarifverträge auszuhandeln zu dürfen.

Die EVG akzeptiert auf der Gegenseite, dass die GDL für alle Lokführer federführend die Tarifverhandlungen führt – auch für diejenigen, die in der EVG organisiert sind. Das nennt man

»Akzeptanz des Mehrheitsprinzips«. Und die GDL hat akzeptiert, dass die Federführung für den Rest bei der EVG. Und das hat bisher gut funktioniert. Diesen Konsens hat die GDL jetzt aufgekündigt und will die Deutsche Bahn dazu zwingen mit ihr allein über die Tarifverträge für die Beschäftigtengruppen zu verhandeln, die sie nur marginal vertritt.

Die Deutsche Bahn kann doch gar nicht anders, als mit den Gewerkschaften so zu verhandeln, wie es die Organisationsverhältnisse hergeben. Das ist bei der EVG im Übrigen sehr transparent, während sich die GDL weigert konkrete Zahlen zur Mitgliederstruktur offen zu legen.

Nun zu der Bewertung in den Medien: Der Autor vergisst in seiner Bewertung zu berücksichtigen, dass die fraglich Sendung des Bayerischen Rundfunks »Quer« eine Satiresendung ist und letztendlich Weselsky selbst Schuld ist, denn er hatte mit der unsäglichen Bewertung der Fusion der DGB-Gewerkschaft TRANSNET und der DBB-Gewerkschaft GDBA zur EVG »Wenn sich zwei Kranke miteinander ins Bett legen und ein Kind zeugen, da kommt von Beginn an was Behindertes raus« die Kritik geradezu herausgefordert. Und im Foto zeigte man ihn auch als »Sonnen-

könig«. Ich glaube, dem Autor fehlt das notwendige Verhältnis zur Meinungsfreiheit. Dass die eher dem Kapital zugeneigten Medien einen gewerkschaftsfeindlichen Meinungskurs halten, ist nicht besonders für diesen Konflikt, sondern ein Stück »Normalität«.

Zum Gesetz zur Tarifeinheit: Ich glaube – oder hoffe es zumindest –, dass kein Gewerkschafter dieses Gesetz wirklich will. Es ist – wie auch immer es formuliert wird – ein erheblicher Eingriff in unsere Rechte, den es eigentlich zu verhindern galt. Nur die wenigsten Gesetze werden erlassen, weil sie unbedingt gebraucht werden. Meist geht es darum, diejenigen zu reglementieren, denen mit gesundem Menschenverstand nicht beizukommen ist oder die allgemeingültige Regeln nicht akzeptieren.

Dass sich Reiner Hoffmann mit seiner GDL-Schelte auf die Seite seiner Mitgliedsgewerkschaft EVG schlägt, ist im Übrigen etwas, was ich von ihm auch erwarte. So sieht Solidarität aus. Und ich meine auch, dass diejenigen, die »Initiative für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit« etwas genauer hinschauen sollte.

Mit freundlichen Grüßen,
Peter Nowack, Ehemaliger Eisenbahner und Mitglied der EVG

**Für Segelfahrten
in Holland
schauen Sie ...**



www.segeln.nl

Für Klubs, Schul / Jugendgruppen,
Incentives oder Einzelteilnehmer

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485
fax 0031 - 515 - 532630

»Wahrheit«
»Wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen.«
Immanuel Kant

»Fundamental«
»Im Patriarchat wurde die Frau mit Hilfe der Religion zum obersten Sündenbock gemacht.«
»Kurz gesagt: Wenn Gott ein Mann ist, ist der Mann Gott«
Mary Daly



MOKS
13.06.2015, 19.00 Uhr, Kleines Haus, »The Art of Arriving«, Junge Akteure/Schauspiel.
Weitere Termine: 16.06.2015, 19.00 Uhr/
21.06.2015, 16.00 Uhr/ 23.06.2015, 19.00 Uhr –
jeweils Kleines Haus.
15.06.2015, 10.30 Uhr, »Alice«, MOKS, 9+, weitere Termine,
jeweils MOKS um 10.30 Uhr: 16.06.2015, 17.06.2015,
18.06.2015, 19.06.2015.
22.06.2015, 20.00 Uhr, »Abzählen«, MOKS, 14+, Schauspiel.
Weitere Termine: 23.06.2015, 10.30 Uhr/ 29.06.2015, 20.00 Uhr/
30.06.2015, 10.30 Uhr – jeweils Kleines Haus.
22.06.2015, 20.00 Uhr, MOKS, »Ober sticht Unter –
Theaterpädagogik«, weitere Termine, jeweils 19.00 Uhr:
27.06.2015 und 30.06.2015.
22.06.2015, 16.00 Uhr, Brauhauskeller, »Alles oder nix«, 7+,
Junge Akteure, auch am 28.06.2015, 16.00 Uhr, Brauhauskeller.
29.06.2015, 19.00 Uhr, Brauhauskeller, »Blowsbeal«, 10+, Junge
Akteure.
30.06.2015, 09.00 Uhr, MOKS, »Grundschul-Theatertage«,
Gastspiel.

belladonna www.belladonna-bremen.de
Mai/Juni 2015
20.06.2015, 10 - 18.00 Uhr, Seminar
»Eigene Projekte verwirklichen - Mit cleverer Planung zum Erfolg«. Teilnehmerinnen: maximal 14 Frauen. Verbindliche Anmeldung (schriftlich). Das Seminar gibt einen Überblick über die Komponenten der Konzeption und Umsetzung eigener Vorhaben.
23.06.2015, 19.00 Uhr, Vortrag und Diskussion »Unternehmensnachfolge - eine Chance für Frauen«. Mit der Handlungskammer Bremen. Offen für Interessierte.
24.06.2015, 19.30 Uhr, »Netze knüpfen - Erfahrungsaustausch für Existenzgründerinnen«. Im Programm seit 12 Jahren. Diesmal: Akquise und neue Zielgruppen.
28.06.2015, 15.00 Uhr, Treffpunkt: Theater am Goetheplatz, Stadtrundgang »Skulpturen von Künstlerinnen im Wandel der Zeit«. Offen für alle Interessierten.
30.06.2015, 19.00 Uhr, Literarischer Salon »Das Volk der Ewigkeit kennt keine Angst«. Für Frauen. Es geht um das Leben israelischer Mädchen im Kriegsdienst.
belladonna verleiht zum 9. Mal den Gründerinnenpreis
Dieser Wettbewerb ist mit 5.000 Euro dotiert. Bewerben können sich erfolgreiche (Klein-)Unternehmerinnen oder Freiberuflerinnen. Infos zu den Voraussetzungen auf der Homepage www.belladonna-bremen.de
Bewerbungsschluß: 30.06.2015. **Info: Tel.: 0421-703534.**



»Die Shakespeare Company«
13.06.2015, 20.00 Uhr, »HYRRÄTYTÖ - Cirque Niveau«. Schaulust/Güterbahnhof.
13.06.2015, 20.30 Uhr, »La Strada Gala«, 15.06.2015, 19.30 Uhr, Stückwerk Bremen,
»Ein Dialog«, Frau Heiner und Herr Müller sprechen über den kontrollierten Wahnsinn im Theater. 20.00 Uhr, »HYRRÄTYTÖ - Cirque Niveau«. Schaulust/Güterbahnhof.
19.06.2015, 19.30 Uhr, »Hamlet«, Einführung um 19.00 Uhr.
20.06.2015, 19.30 Uhr, »Komödie der Irrungen«.
21.06.2015, 19.30 Uhr, Falstaff, »BASH - Stücke der letzten Tage«.
22.06.2015, 19.30 Uhr, »Prunk und Pleite einer Unternehmersdynamie«, Szenische Lesung »Aus den Akten auf die Bühne«.
24.-28.06.2015, 20.00 Uhr, »Blaumeier Atelier - Emden Außenhafen«. Schaulust/Güterbahnhof.
25.06.2015, 19.30 Uhr, »Maria Stuart«.
26.06.2015, 19.30 Uhr, »Wie es euch gefällt«. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
27.06.2015, 19.30 Uhr, »Der Sturm«. Mit Einführung um 19.00 Uhr.

AWB Für Ihre BLZ-Anzeigen:
»Anzeigen Werbung Berghorn«
Tel.: 0421-4919033 Info unter:
www.awb-bremen.de

»Regionale Antikriegskonferenz (RAKK) Bremen 2015«
Sie findet am 05.09.2015 von 11.00 - 17.00 Uhr in der Zionsgemeinde, Kornstr. 31, 28201 Bremen, statt. Sie ist die Fortsetzung der AKK Berlin 2014 und wird veranstaltet von der »Initiative AKK“, einem freien Forum von Menschen aus Wissenschaft und Publizistik.
Info: Bremer Friedensforum.

BeltzForum: »Bildung braucht Beziehung«
Diese Lehrerfortbildung findet vom 6.-8.11.2015 in Wolfsburg statt.
Info: Tel.: 06201-6007389.

Die neue »botanika«
Sie liegt mitten im Bremer Rhododendronpark, Deliusweg 40, 28359 Bremen.
Info: Tel.: 0421-42706665
www.botanika-bremen.de

Juli 2015
01.07.2015, 19.30 Uhr, »Prunk und Pleite einer Unternehmersdynamie«, Szenische Lesung »Aus den Akten auf die Bühne«.
03.07.2015, 19.30 Uhr, »Schachnovelle«.
06.07.2015, 18.00 Uhr, »Peter und der Wolf«. Benefizkonzert für SOS-Kinderdorf Bremen mit den Bremer Philharmonikern.
06.07.2015, 20.00 Uhr, »Songs & Whispers«. Falstaff.
11.07.2015, 14.00 Uhr, »Summersounds«. Familienkonzert in den Neustadt Wallanlagen.
11.07.2015, 19.30 Uhr, »Maria Stuart«. Mit Einführung um 19.00 Uhr.
»Shakespeare im Bürgerpark/Melcherswiese«
15.07.2015, 20.00 Uhr, »Wie es euch gefällt«.
16.07.2015, 20.00 Uhr, »Komödie der Irrungen«.
17.07.2015, 20.00 Uhr, »Wie es Will gefällt«.
18.07.2015, 18.00 Uhr, »20 Jahre Shakespeare im Park«. Picknick mit Nick Pick.
18.07.2015, 21.00 Uhr, »König Lear«.
19.07.2015, 18.00 Uhr, »Ein Sommernachtstraum«.
Info: Tel.: 0421-500333.

6. Bremer Oberschultag

von GEW und GGG

Dienstag, 23. Juni 2015, 8.30 bis 16.00 Uhr
Konsul-Hackfeld-Haus

9.00 Uhr Auftaktplenum mit Podiumsdiskussion:
»6 Jahre Oberschule: Haben sich die Erwartungen erfüllt?«
10.45 Uhr Arbeitsgruppen
14.45 Fishbowl-Diskussion:
»Perspektiven der Schulentwicklung
an der Oberschule – Was wollen wir ändern?«

Personalratswahl-Info-Veranstaltung für Interessierte

Montag, 30. Juni 2015, 17.00 Uhr
DGB-Haus, 2. Etage, GEW-Sitzungszimmer

Titel: »Der ErzieherInnenstreik am 13. Mai«
Foto: GEW

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt

Stadtverband Bremen

Juni

25.06.2015 Inklusive Schule & Sonderpädagogik,
17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

Juli

01.07.2015 AK Kurdistan

17.30 Uhr, GEW Geschäftsstelle

07.07.2015 Arbeitsgruppe der Seniorinnen und Senioren

09.07.2015 Päd. Mitarbeiterinnen

17.00 Uhr, Personalrat Schulen

09.07.2015 AK Berufsbildende Schulen

17.00 Uhr, GEW-Geschäftsstelle



Seminare

Kanutour (nicht nur) für neue Mitglieder

Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Eine Möglichkeit, die GEW und nette Leute kennenzulernen. Für Mitglieder der GEW Bremen.

Samstag 13.06.2013, 10.30-17.00 Uhr

Bremen, Start: Lilienthal,

Ende: Findorffhafen (Nähe Hbf)

Leitung: Inge Kleemann

Kostenanteil: 10 Euro) incl. Verpfl.

(kostenlos für Neumitglieder)

Seminar für Personalausschüsse

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zum Personalrat aus?

Wie gehen wir mit Konflikten um?

Welche Unterstützung brauchen wir?

Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert.

Dienstag 23.06.2015, 9.00-18.00 Uhr

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28

Leitung: Mitglieder des PR-Schulen

kostenlos für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder 20 Euro)

Tolpuddle:

Gewerkschaftsfestival in England

Das Tolpuddle Martyrs Festival ist ein gesellschaftliches Ereignis in Südengland, das in Form eines internationalen Camps stattfindet

und Jahr für Jahr mehr Menschen anlockt, um an einem Wochenende Musik, Unterhaltung und Politik zu erleben. Es erinnert an die Märtyrer von Tolpuddle/Dorset, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Unterkunft ist in Zelten bzw. in Pubs der umliegenden Dörfer. Wir treffen auch KollegInnen der englischen LehrerInnen-Gewerkschaften. Eine eigene Anreise ist ebenso möglich.

Freitag 17.07.2015 – Sonntag 19.07.2015

Tolpuddle, Dorset, England

www.tolpuddlemartyrs.org.uk

Leitung: Frank Hasenbein

Kostenanteil: 390 Euro (ermäß. 290 Euro)

incl. Flug, Unterkunft, Verpflg.